Der Militarismus der BRD und der Kampf um den Frieden

Bildungszeitung
für die Grundorganisationen

Herbst 2025 bis Frühjahr 2026

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

DKP Bildungszeitung

Der Militarismus der BRD und der Kampf um den Frieden

Einleitung **S. 3**

A. Aus dem Frieden des Imperialismus wächst der Krieg **S. 5**

1. Kapitalismus und Krieg
2. Krieg als Fortsetzung der Politik
3. Kein Kapitalismus ohne latente Kriegsgefahr
4. Imperialismus und Krieg
5. Imperialismus + Militarismus = Reaktion + Krieg
6. Klassencharakter und Funktionen des Militarismus
7. Umklammerung der Gesellschaft
8. Besondere Agitation

B. Militarismus und Machtpolitik des deutschen Imperialismus **S. 11**

I. Die strategische Situation der BRD im Rahmen globaler Veränderungsprozesse

II. Übergang zu einer Strategie des offenen Militarismus in der BRD

1. Warum jetzt der Übergang zu einer Strategie des offenen Militarismus?
2. Militarismus nach außen
3. Direkte Folgen der Aufrüstung
4. Militarismus nach innen
5. Offener Militarismus als Gesamtstrategie des deutschen Kapitals

C. Friedenskampf und Klassenkampf **S. 24**

1. Frieden und Sozialismus
2. Friedenskampf und Antimilitarismus
3. Friedenskampf ist Klassenkampf
4. Die Arbeiterklasse – das handelnde Subjekt
5. Friedenskampf ist objektiv Teil des Klassenkampfes der Arbeiterklasse
6. Ideologischer Klassenkampf: der Kampf um das Bewusstsein der Arbeiterklasse
7. Hauptaufgabe der DKP heute: Förderung des Klassenbewusstseins der Arbeiterklasse als notwendiger Schritt für den Friedenskampf
8. Die DKP in der Friedensbewegung

Hinweise auf weiterführende Literatur **S. 30**

Impressum
Herausgeber: DKP-Parteivorstand | Hoffnungstraße 18 | 45127 Essen
Telefon 0201/1778890 | pv@dkp.de | dkp.de
ViSdP: Wera Richter | www.dkp.de
Diese Bildungszeitung wurde erstellt von der Kommission für Theorie und Bildung
Erscheinungsdatum: September 2025
Layout: Tom Brenner

Titelbild:
Public Domain

Alle Abbildungen:
Arno Neuber / IMI

Einleitung

Die Situation, in der diese Bildungszeitung auf Beschluss des 26. Parteitages der Deutschen Kommunistischen Partei erscheint, ist außerordentlich gefährlich. Die gestiegene Weltkriegsgefahr im Zeitalter der Atombombe ist das Ergebnis der systemischen Krise des Kapitalismus. Der von den USA geführte Imperialismus büßt seine Dominanz ein. Deshalb entwickeln sich Strategien in den herrschenden Klassen der hiervon betroffenen imperialistischen Staaten, um in diesem sich rapide verschlechternden Umfeld weiter die eigenen Interessen durchzusetzen. Hier gibt es alternative Wege. Die BRD hat nun einen extrem reaktionären Weg der offenen Militarisierung und Vorbereitung eines Kriegs gegen Russland mit Stoßrichtung auch gegen die VR China eingeschlagen. Warum ist das so? Welche Kräfte wirken?

> „Die internationalen Kräfteverhältnisse haben sich in den letzten Jahren in einem widersprüchlichen Prozess enorm verändert. Der deutsche Imperialismus richtet dementsprechend seine Strategie aus: die Regierung will Deutschland ‚kriegstüchtig' machen. Damit ist gemeint, dass der deutsche Imperialismus in der Lage sein will, imperialistische Kriege zu führen. Dafür sind eine lange Reihe reaktionär-militaristischer Maßnahmen geplant oder schon umgesetzt. Die Stoßrichtung ist klar, es geht gegen Russland und die Volksrepublik China. Es droht die Gefahr, dass unser Land Kriegsschauplatz wird, genauso wie die Gefahr, dass laufende Kriege zum Atomkrieg eskalieren." (Aus der Handlungsorientierung der DKP, beschlossen auf ihrem 26. Parteitag)]

Der Krieg in der Ukraine zeigt mit aller Deutlichkeit, welch katastrophale Folgen ein Krieg für die Arbeiterklasse, für die Mehrheit der Bevölkerung hat. Was auf der Ebene der Politik, auch der Außenpolitik geschieht, kann uns nicht egal sein. Fast der gesamte Apparat der öffentlichen Meinung befindet sich in den Händen der herrschenden Klasse, der Bourgeoisie. In zwar nicht neuer, aber doch insgesamt ungeahnter Art und Weise hat sich ein breit angelegter Lügenfeldzug gegen die Russische Föderation und die VR China entwickelt. Es ist notwendig, diesen Lügenfeldzug als eine direkte Vorbereitung zum Krieg zu entlarven.

Um hier weiterzukommen, greift die BiZ aus der Vielzahl der Phänomene die Frage des Militarismus heraus.

> „Der Militarismus ist ein Bestandteil des Herrschaftssystems der Ausbeuterklassen zur Unterdrückung der Volksmassen im eigenen Land und zur Verwirklichung aggressiver außenpolitischer Ziele mittels militärischer Gewalt als hauptsächlicher Inhalt der Politik." (Wörterbuch des Wissenschaftlichen Kommunismus, Berlin 1982)

Die Bildungszeitung zeigt auf, welche Kräfte wirken. Es zeigt sich, dass wir es auf der einen Seite mit einer neuen Situation – dem Niedergang des US-Imperialismus – zu tun haben, andrerseits in der BRD weiter die Kräfte wirken, die Deutschland schon in den 1. und 2. Weltkrieg gezogen haben – und sich nun neu aufstellen. Und häufig sagen sie selbst offen, was sie eigentlich wollen.

Der Teil A fasst – im Stil eines klassischen Bildungsheftes – Aussagen des Marxismus-Leninismus zu Krieg-Frieden, zu Militarismus zusammen.

Teil B geht von den Leitgedanken der DKP aus, ordnet die Strategie der BRD nach 1945 geschichtlich ein und konkretisiert die Aussagen der Leitgedanken für die aktuelle Aufstellung der BRD im internationalen Umfeld. Die Hauptfrage hier: warum Übergang zu einer Strategie des offenen Militarismus?

Teil C bildet den theoretischen Hintergrund für die auf dem 26. Parteitag der DKP verabschiedete Handlungsorientierung und das geplante Friedensaktionsprogramm, greift die Diskussion dazu auf dem Parteitag auf. Hier geht es um die Kräfte, die sich der Militarisierung entgegenstellen, um das Verhältnis von Klassenkampf und Friedenskampf, um die Frage, welche Rolle die Entwicklung des Klassenbewusstseins der Arbeiterklasse für den Friedenskampf spielt – und um

die Rolle der Kommunisten dabei.
Die drei Teile bilden eine Einheit. Es bietet sich aber an, die drei Teile auf getrennten (öffentlichen) Bildungsabenden zu behandeln. Die hier behandelten Fragen wollen wir mit allen Menschen diskutieren, die sich Sorgen um die zunehmende (Welt-)Kriegsgefahr machen.

Diese Bildungszeitung steht in Zusammenhang mit den Bildungszeitungen der letzten Jahre: „Reaktionärer Staatsumbau“ und „Der Charakter des Faschismus“. In einem Anhang verweisen wir auf eine kleine Auswahl weiterführender Literatur. Alle zusätzlichen Materialien findet ihr auf der Bildungsseite der DKP zum Herunterladen.

Wir möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich für die Analysen, Informationen, Grafiken, Publikationen und Cartoons bedanken, die von der Informationsstelle Militarisierung e. V. (IMI) für die politische Massenarbeit im Kampf gegen Militarismus und Krieg zur Verfügung gestellt werden. Diese Materialien, die auch hier verwendet wurden, sind stets aktuell und im Internet leicht abrufbar (*https://www.imi-online.de/*). Für die Vertiefung des in der Bildungszeitung behandelten Themas seien sie dringlichst empfohlen.

A. Aus dem Frieden des Imperialismus wächst der Krieg

Für den Frieden braucht es eine bewusste Arbeiterklasse und keine Friedensutopien
Krieg oder Frieden? Das ist die entscheidende Frage der nächsten Jahre. Die Atombombe hat bewirkt, dass der Charakter des Friedens mit der Existenz der gesamten Menschheit verknüpft ist. Wir teilen deshalb die Notwendigkeit, die Kriegsgefahr zurückzudrängen, einen neuen Weltkrieg nicht ausbrechen zu lassen. In dieser Bildungszeitung wollen wir klären, warum aus unserer Sicht die Arbeiterklasse dabei eine entscheidende Rolle spielen kann. Dazu muss die Arbeiterklasse Kraft gewinnen im Kampf gegen den eigenen Imperialismus. Sie muss den Kampf gegen die Kriegsgefahr als Kampf um ihre eigenen Interessen erkennen. Der Friedenskampf muss also auch ein Kampf zur Förderung des Klassenbewusstseins der Arbeiterklasse sein. Dazu braucht es Wissen. In unserer Bildungszeitung geht es ebenfalls um die Rolle, die die Kommunisten dabei spielen. Es geht um ihre Rolle als „Träger der Bewusstwerdung“ (Hans Heinz Holz). Die Kommunisten in der BRD haben sich an Friedensaktionen beteiligt, als das noch gar nicht üblich war. Ihr Fehlen würde die Friedensbewegung erheblich schwächen. Neben der Einsicht, welche Kräfte notwendig sind, um die Kriegsgefahr zurückzudrängen, brauchen wir auch Klarheit über deren Ursachen. Der Krieg, auf den uns der deutsche Imperialismus in maßloser Selbstüberschätzung vorbereiten will, wird verursacht durch das Monopolkapital selbst, durch den Zwang zum Maximalprofit, durch den Zwang zu expandieren . In Zeiten zunehmender Krisenhaftigkeit suchen die imperialistischen Großmächte den Ausweg in der Neuaufteilung der Welt. Als Mittel dazu dient der Militarismus, Instrument und Willensvollstrecker des Finanzkapitals.

Worin bestehen die grundlegenden Zusammenhänge zwischen Kapitalismus, Imperialismus, Militarismus und Krieg? Auf diese Frage wollen wir – gewissermaßen als Einstieg – im ersten Teil der Bildungszeitung eine Antwort geben.

1. Kapitalismus und Krieg

Krieg kommt nicht aus einer schwarzen Wolke[1]
Die DKP als marxistisch-leninistische Partei verurteilt Kriege als barbarisches Mittel zur Lösung von Konflikten der Menschheit. Sie geht darüber hinaus davon aus, dass Kriege einer Erklärung bedürfen. Die Existenz von Kriegen ist an bestimmte sozialökonomische und klassenmäßige Voraussetzungen geknüpft, und jeder Krieg muss historisch in seiner Besonderheit untersucht werden. Andernfalls enden wir bei moralischen Appellen und können unser Verhältnis zum konkreten Krieg nicht festlegen. Kriege mögen manchem als Zufall, auch als Sünde oder Naturereignis erscheinen, aber das sind sie nicht. Ihre Wurzel haben sie im Privateigentum an den Produktionsmitteln und im unversöhnlichen Klassengegensatz der Ausbeutergesellschaft. Sie sind „eine ebenso gesetzmäßige Form des *kapitalistischen* Lebens wie der Frieden“[2]. Kriege zwischen kapitalistischen Staaten sind in erster Linie Folgen ihres Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt. Weiterhin ergeben sie sich aus dem unaufhörlichen Wettrüsten des Militarismus. Begünstigt werden die Kriege durch systematisch geschürte Vorurteile des einen Volkes gegen das andere.

2. Krieg als Fortsetzung der Politik

Krieg ist ein Teil der Politik, eines ihrer Instrumente.[3] Sich darauf zu berufen, dass der Krieg ein Eigenleben hätte, weshalb politisch überhaupt nichts zu machen sei, ist deshalb falsch. Der Krieg hat einen politischen Inhalt und wird von der Regierung geführt. Wobei unter Politik das *Verhältnis* zwischen den Nationen, Klassen usw. zu verstehen ist.[4] Die Dialektik von Politik und Krieg gehörte für Lenin zu den „Grundbegriffen der sozialistischen Lehre“. Er hat sie in Auswertung von Carl von Clausewitz‘ Schrift „Über den Krieg“ – Clausewitz war ein bedeutender Militärtheoretiker –

1 Kurt Barthel (KuBa), Kantate „Gegen den Krieg“ (Musik Hartmut Fladt)
2 LW 21/27
3 Vgl. W. I. Lenin, Clausewitz´ Werk „Vom Kriege“, Auszüge und Randglossen, Berlin 1957, S. 37.
4 LW 35/249

in mehreren Arbeiten erläutert: „Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik, die die herrschenden Klassen der kriegführenden Mächte lange vor dem Krieg getrieben haben, mit den Mitteln der Gewalt. Der Frieden ist die Fortsetzung der *gleichen* Politik, unter *Berücksichtigung* jener Veränderungen im Kräfteverhältnis der Gegner, die durch die Kriegshandlungen eingetreten sind. Der Krieg ändert an sich nicht die Richtung, in der sich die Politik vor dem Krieg entwickelt hat, er *beschleunigt* nur diese Entwicklung.“[5] Wichtig für uns ist: *Wenn die Politik bei der Vorbereitung und Führung des Krieges eine bestimmende Rolle spielt, dann wird der Charakter des Krieges dadurch bestimmt, welche Politik der Krieg fortsetzt, welche Klasse den Krieg führt und welche Ziele sie dabei verfolgt.* Auf diese Weise können wir auch unser Verhältnis zu dem *konkreten Krieg* bestimmen. Solange die Gesellschaft in Klassen geteilt ist, solange die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen besteht, sind Kriege unvermeidlich.

3. Kein Kapitalismus ohne latente Kriegsgefahr

Kriege liegen im Wesen des Kapitalismus. Sie werden „erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist oder wenn die Größe der durch die militärische Entwicklung erforderlichen Opfer an Menschen und Geld und durch die Rüstungen hervorgerufene Empörung der Völker zur Beseitigung dieses Systems treibt“[6]. Erst dann wird es möglich sein, dass eine neue, sozialistische Gesellschaft entsteht, „deren internationales Prinzip der *Friede* sein wird, weil bei jeder Nation dasselbe Prinzip herrscht – die *Arbeit*!“[7] Das „Kommunistische Manifest“ bringt es auf den Punkt: „Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.“[8] Bis dahin bleibt der Frieden im Kapitalismus *prinzipiell* ein mehr oder minder instabiler *Übergangszustand* zwischen den Kriegen. Der Ausweg ist nur die sozialistische Revolution.

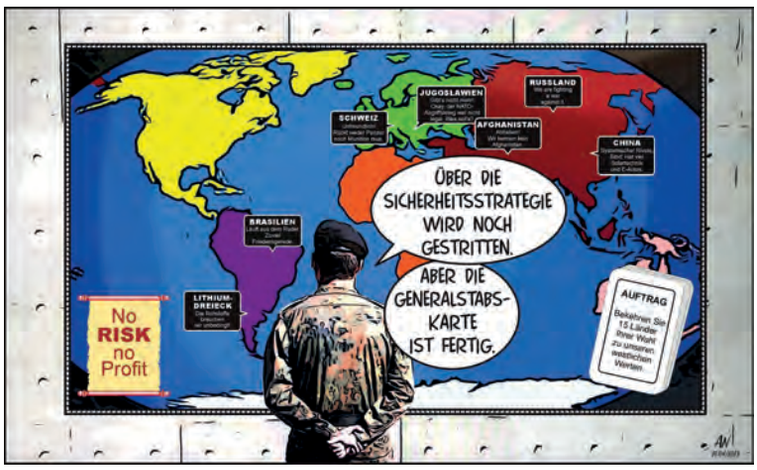
Die konkrete Kriegsgefahr kann aber zurückgedrängt und der Ausbruch eines Krieges verhindert werden, wenn Bewegungen entstehen, die stark genug sind, um dieses Zurückdrängen zu tragen. So gelang es nach dem Zweiten Weltkrieg in der Zeit der Existenz des sozialistischen Weltsystems und der Politik der friedlichen Koexistenz, einen dritten Weltkrieg zu verhindern. In der Zurückdrängung der Kriegsgefahr sahen Marx und Engels eine besondere Verantwortung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen – der politischen und der gewerkschaftlichen. So machte es Karl Marx 1864 in der Gründungsadresse der I. Internationale für die Arbeiterklasse zur Pflicht, „in die Geheimnisse der internationalen Politik einzudringen“, um der Politik der Regierungen entgegenzuwirken, „die in piratischen Kriegen des Volkes Blut und Gut vergeuden“[9].

4. Imperialismus und Krieg

Griff nach der Weltmacht

Der Imperialismus ist Kapitalismus auf seiner höchsten Entwicklungsstufe, ist Monopolkapitalismus. Das kapitalistische Monopol ist das bestimmende Produktionsverhältnis und die Ursache der besonderen Aggressivität des Imperialismus. Die Monopole der verschiedenen Länder stoßen in ihrem Expansionsdrang aufeinander, es entbrennt ein erbitterter Kampf um die Vorherrschaft bei der Ausbeutung der Welt. Infolge der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus kommt es fortlaufend zur Veränderung des Kräftever-

5 LW 22/166
6 LW 15/188
7 MEW 17/7
8 MEW 4/479
9 MEW 16/13



hältnisses zwischen den imperialistischen Großmächten und dadurch zu Zusammenstößen und Konflikten im Kampf um die Weltherrschaft. Die territoriale Aufteilung der Welt unter die imperialistischen Großmächte ist aber beendet. Es beginnt der erbitterte und immer wieder neu entfachte Kampf um deren Neuaufteilung. „Die Kapitalisten teilen die Welt nicht etwa aus besonderer Bosheit unter sich auf, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen; dabei wird die Teilung 'nach dem Kapital', 'nach der Macht' vorgenommen – eine andere Methode der Teilung kann es im System der Warenproduktion und des Kapitalismus nicht geben. Die Macht aber wechselt mit der ökonomischen und politischen Entwicklung ...".[10] Kapitalistisch hoch entwickelte Länder haben nur die Wahl, „entweder Abhängigkeit von den imperialistischen Großmächten und ihren jeweiligen Notwendigkeiten, verknüpft mit wirtschaftlicher und politischer Bedeutungslosigkeit, oder aktive Teilnahme an dem imperialistischen Kampf um die Macht. Eine dritte Lösung kann es auf kapitalistischer Basis nicht geben"[11]. Im Imperialismus ist das Wesentliche der weltpolitischen Kriegsursachen „der Krieg der Kapitalisten (...), der großen Räuber, die darüber streiten, welcher von ihnen mehr Beute bekommen soll, mehr Länder berauben, mehr Nationen unterdrücken und unterjochen soll ..."[12]. Das verlogene Gerede von der „Vaterlandsverteidigung" dient zur Erzeugung einer „Besoffenheitsstimmung" (K. Liebknecht) in der Bevölkerung, vor allem bei den Soldaten. „Der Imperialismus ist die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole, die überallhin den Drang nach Herrschaft und nicht nach Freiheit tragen. Reaktion auf der ganzen Linie, gleichviel unter welchem politischen System, äußerste Zuspitzung der Gegensätze auch auf diesem Gebiet – das ist das Ergebnis dieser Tendenzen."[13] Die Entwicklung von Militarismus und Aggressivität bis zum imperialistischen Krieg ist eine Gesetzmäßigkeit des monopolistischen Kapitalismus. Der Militarismus ist somit ein *Wesenszug* des Imperialismus. Aber der Imperialismus erzeugt neben der Tendenz zum Krieg notwendig auch die Tendenz zum Kampf gegen den Krieg, für den Frieden.

5. Imperialismus + Militarismus = Reaktion + Krieg[14]

Zur Durchsetzung ihrer Ziele trotz Widerstands entwickelt der Imperialismus den Militarismus als spezifisches Herrschaftsinstrument der Monopolbourgeoisie. Der Kampf gegen den Militarismus ist deshalb ein Kernproblem des Friedenskampfes. Aber was verstehen wir unter „Militarismus"? Handelt es sich einfach um alles, was sich auf das Militär bezieht? Das bringt uns nicht weiter, gibt es doch Militarismus in allen Klassengesellschaften. Damit wissen wir noch nichts über die *Funktionen* des Militarismus *im Kapitalismus*. Verborgen bleibt sein *Klassencharakter*. Der moderne Militarismus ist, im Unterschied zum Militarismus der Feudalgesellschaft oder der Sklavenhalterordnung, ein Resultat des Kapitalismus. Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wandelt er sich analog zu ihren Entwicklungsetappen. In seiner aktuellen Gestalt weist der kapitalistische Militarismus einige Besonderheiten auf, die aus den ökonomischen und politischen Existenzbedingungen des Imperialismus folgen. Als Resultat des monopolistischen Kapitalismus durchdringt er das ganze öffentliche Leben. Das Monopol als charakteristisches Herrschaftsverhältnis bewirkt, dass die ökonomische und außerökonomische Gewalt zur unbedingten Existenzbedingung des Kapitalismus wird, der seinen höchsten Reifegrad überschritten hat. Im Unterschied zum vormonopolistischen Kapitalismus erfasst der Militarismus nunmehr

10 LW 22/257
11 R. Sonter, Der neue deutsche Imperialismus (Reprint), Berlin 1988, S. 7
12 LW 22/122
13 LW 22/302
14 Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ) 303/2003, S. 14

gesetzmäßig alle kapitalistischen Länder, selbst kleine und neutrale. Der imperialistische Krieg beschleunigt diese Entwicklung. Zum Erstarken des Militarismus in einem solch großen Umfang führte in beträchtlichem Maß auch die Angst der Bourgeoisie vor der Arbeiterbewegung und vor der Revolution, die herrschende Klasse klammerte sich regelrecht an den Militarismus als Ausweg. Die Unterdrückungs- und Manipulierungsfunktion des Militarismus *nach innen* gewannen an Bedeutung. Dazu gehört die Orientierung auf einen äußeren „Feind" als *Ablenkungsmittel* von den inneren sozialen und politischen Widersprüchen sowie die massenhafte Verbreitung von Lügen und Sophismen[15] zur ideologischen Beeinflussung der Bevölkerung.

6. Klassencharakter und Funktionen des Militarismus

Militarismus bedeutet Summe und Extrakt „aller friedenstörenden Tendenzen des Kapitalismus" (Karl Liebknecht)

Die geschichtlichen Erfahrungen haben die Auffassung von Marx, Engels, Lenin, Luxemburg und Liebknecht über Militarismus, Aggressivität und Krieg vollauf bestätigt. Der Militarismus bildet in „seinen beiden Formen … eine `Lebenserscheinung´ des Kapitalismus: als Militärmacht, die die kapitalistischen Staaten bei ihren äußeren Zusammenstößen einsetzen (`Militarismus nach außen´, wie es die Deutschen nennen), und als Waffe in den Händen der herrschenden Klasse zur Niederhaltung aller (ökonomischen und politischen) Bewegungen des Proletariats (`Militarismus nach innen´)"[16]. Die marxistische Wissenschaft hat die Entwicklung des modernen Militarismus mit der Entwicklung des Imperialismus, also den Veränderungen in der sozialökonomischen Basis und im politischen Überbau weiterverfolgt. Wir können daher festhalten, dass *der Militarismus, „jene aggressive und reaktionäre Politik des Imperialismus (ist), bei der das Prinzip der militärischen Gewalt dominiert, alle Sphären der Gesellschaft durchdringt, zur Militarisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft führt und sich auf einen eigenständigen militärischen, politischen, ökonomischen und ideologischen Machtapparat stützt. ... Politischer Träger des imperialistischen Militarismus sind vor allem die reaktionärsten und aggressivsten Klassenfraktionen des Imperialismus; der moderne Militarismus bildet das entscheidende und am besten organisierte Sammelbecken der konservativen, reaktionären und faschistischen Kräfte"*[17]. Trotz der Dominanz der reaktionärsten und aggressivsten Kräfte verkörpert der Militarismus ebenso den politischen Anspruch des *Gesamtkapitals*, seine Klassenherrschaft auch mit militärischer Gewalt zu behaupten.

7. Umklammerung der Gesellschaft

Militarisierung aller nicht-militärischen Bereiche

Der moderne Militarismus ist „ein über die Armee hinausgehendes System der Umklammerung der ganzen Gesellschaft durch ein Netz militaristischer und halbmilitaristischer Einrichtungen", heißt es bei Karl Liebknecht in seiner grandiosen Schrift „Militarismus und Antimilitarismus"[18]. Sein *Kern* besteht also in den Beziehungen des Militärs zu den nicht-militärischen Bereichen. „Er umklammert die Gesellschaft mit einem Netz militaristischer Macht- und Propaganda-Institutionen, die jede demokratische Bewegung unterdrücken sollen, das gesellschaftliche Leben

15 Sophismen: Bedeutung hier: Trugschlüsse, die der bewussten Irreführung dienen
16 LW 15/187. Vgl. auch W. Trunk, Zur Frage des Militarismus, MB 1_25, S. 81ff
17 Autorenkollektiv, Militarismus heute, Berlin. 1979, S.19
18 K. Liebknecht, Militarismus und Antimilitarismus, Gesammelte Reden und Schriften, Bd.1, Berlin 1958, S. 308

in seinem Interesse reglementieren und alle öffentlichen wie auch privaten Bereiche mit militärischer Ideologie durchdringen (Anbetung der militärischen Gewalt als des angeblich bestmöglichen Mittels zur Lösung innen- und außenpolitischer Streitfragen, Glorifizierung des Krieges und des Obrigkeitsstaates, Diffamierung demokratischer Bestrebungen als antinational usw.)“.[19] Der Militarismus wird so zu einer Verkörperung des Kapitalismus, die sich fast verselbständigt und in der die Armee Hauptzweck des Staates, Selbstzweck ist.

Die innere Funktion des modernen Militarismus wird von der Regierung nicht offengelegt. Zu offensichtlich ist ihr Klassencharakter; zu erdrückend ist die Last des Militarismus für die Bevölkerung. Man tut so, als sei der Militarismus aus dem „Gesamtwollen des Volkes“ erwachsen. Schon die gewaltigen Proteste der außerparlamentarischen Opposition gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze im Jahr 1968 im Bundestag sagen etwas anderes aus. Geht es doch bei diesen Gesetzen, die eine Notstandsverfassung in Kraft setzen, um Einschränkungen von Grundrechten und Rechten des Parlaments im „Verteidigungs- und Ausnahmezustand“, welche die Arbeiterklasse und ihre Organisationen der Willkür des Staatsapparates aussetzen, die eine Außenpolitik der Entspannung verhindern und die Militarisierung der Gesellschaft verfassungsrechtlich abstützen. Die innere Funktion des imperialistischen Militarismus dient schließlich zur Sicherung des Hinterlandes, nicht erst im Kriegsfall, gemäß dem NATO-Konzept der „Gesamtverteidigung“ („geschlossene Heimatfront“ – innere Front –, Ein- und Unterordnung des Zivilschutzes unter militärische Belange, Operationsplan Deutschland, Militarisierung des Gesundheitswesens usw.). Hochrüstung und Wehrpflicht sind tragende Säulen des modernen Militarismus, der im Grunde selbst eine eigenständige Kriegsgefahr darstellt. Im monopolistischen Kapitalismus übt der Militarismus unmittelbaren Einfluss auf die Wirtschaft aus. „Nichts ist abhängiger von ökonomischen Vorbedingungen als grade Armee und Flotte. Bewaffnung, Zusammensetzung, Organisation, Taktik und Strategie hängen vor allem ab von der jedesmaligen Produktionsstufe und den Kommunikationen“[20] hat Engels schon vor über hundert Jahren den wechselseitigen Zusammenhang erläutert. Für die Militarisierung der Gesellschaft ist die Militarisierung der Wirtschaft von entscheidender Bedeutung (*Militärisch-industrieller Komplex).* Die Verflechtung der Macht der Rüstungskonzerne mit den militärischen und staatlichen Führungsspitzen verkörpert im Rahmen des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems eine ungeheure Machtfülle.

8. Besondere Agitation

Wir sind Antimilitaristen

Dies alles wirft die Frage auf, ob es nicht auch einer besonderen antimilitaristischen Taktik und Agitation bedarf? Besonders gegenüber der Jugend, die verheizt werden soll? Karl Liebknecht und Lenin verfochten dieses Ziel. „Man kann das Gebiet des antimilitaristischen Kampfs gewissermaßen als ein besonderes neben dem des allgemeinen politischen Kampfs, neben dem des gewerkschaftlichen Kampfs, meinetwegen auch neben dem des genossenschaftlichen und Bildungskampfs bezeichnen. Mit anderen Worten: Wir sind Antimilitaristen als Antikapitalisten.“[21] „Ein so verzweigtes und gefährliches Gebilde“, wie der Militarismus, „kann nur durch eine ebenso verzweigte, energische, große, kühne Aktion gefasst werden, die den Militarismus rast-

19 KAZ 290
20 MEW 20/15
21 K. Liebknecht, a. a. O., S. 441

los in alle seine Schlupfwinkel hinein verfolgt, toujours en vedette (stets auf dem Posten)“[22]. Lenin hielt „eine spezielle antimilitaristische Tätigkeit“ nicht nur für besonders notwendig, sondern auch praktisch zweckmäßig und fruchtbringend. Denn die Anerkennung des prinzipiellen Zusammenhangs zwischen Militarismus und Kapitalismus „entscheidet nicht die praktische Frage, wie gegen die Last des Militarismus zu kämpfen ist und wie Kriege verhindert werden können“[23]. Genau um diese Fragen geht es. Denn der Imperialismus erzeugt neben der Tendenz zum Krieg *notwendig* auch die Tendenz zum Kampf gegen den Krieg, für den Frieden. In den folgenden Teilen der Bildungszeitung sollen dazu weitere Grundlagen gelegt und auch Antworten gegeben werden. *Der rote Faden ist: Stärke im Friedenskampf wird durch Klarheit über den Gegner erreicht.*

22 K. Liebknecht, a. a. O., S. 440
23 LW 15/193, 188

B. Militarismus und Machtpolitik des deutschen Imperialismus

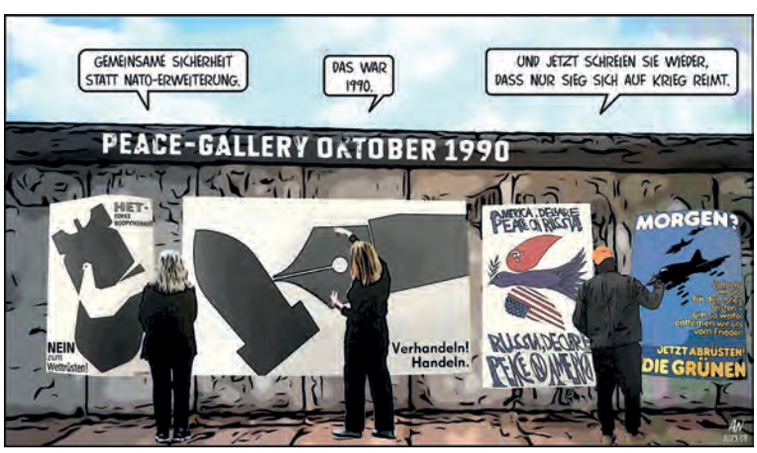
Wir kennen jetzt die grundlegenden Zusammenhänge zwischen Kapitalismus, Imperialismus, Militarismus und Krieg. Der moderne Militarismus ist ein Wesensmerkmal des Imperialismus und gegen den Kampf um Frieden gerichtet. Wir wollen nun zu der Frage übergehen, warum er jetzt so massiv vorangetrieben wird und in welchen Formen er sich in der BRD zeigt.

I. Die strategische Situation der BRD im Rahmen globaler Veränderungsprozesse

Der deutsche Imperialismus hat Tradition

Als „zu spät gekommener" Kapitalismus war der Weg des deutschen Imperialismus schon immer durch den objektiven Widerspruch zwischen hochgesteckten weltweiten ökonomischen, politischen und militärischen Zielen und beschränkten realen Möglichkeiten zu deren Erreichung gekennzeichnet. Seine extreme Aggressivität erklärt sich aus der monopolkapitalistischen Basis und dieser historischen Besonderheit. Riskante außenpolitische Strategien waren die Folge, die zwangsläufig immer wieder scheiterten – so im 1. und 2. Weltkrieg mit Millionen Toten.

Nach dem verlorenen Weltkrieg 1945 war eine Rückkehr zur Hegemonialpolitik alten Stils unmöglich. Ein Wiedererstehen des deutschen Imperialismus bedurfte der Unterstützung des internationalen Kapitals. Man setzte auf den Zerfall der Anti-Hitler-Koalition. „Westorientierung" hieß die Losung. Beim USA-Kapital, das sich auf eine Auseinandersetzung mit der UdSSR orientierte, sah man übereinstimmende strategische Interessen, die die – wie man hoffte: zeitweilige – Unterordnung unter US-Oberhoheit (Besatzungstruppen, Wiederaufbau der BRD-Wirtschaft durch US-Kapital) erträglich machte. Die Periode von 1949 bis 1955 war denn auch die Periode der Wiederbewaffnung (Remilitarisierung) und Befestigung der alten kapitalistischen Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse, deren Sicherung bereits 1945 begann. Die USA, die die Bedeutung einer bundesdeutschen Armee für ihre expansiven Ziele im Rahmen der Systemauseinandersetzung erkannten, schufen mit der NATO eine Organisation und Struktur, die nach den Worten ihres ersten Generalsekretärs Lord Ismay, „die Russen draußen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten halten"[24] sollten. Militärische Westbindung und westeuropäische Integration ergänzten sich dabei. Die BRD wurde 1954 in die WEU[25] und 1955 in die NATO aufgenommen. Die Gründung der Vorläufer der EU und später der EU selbst erleichterten den USA die Kontrolle Europas, boten dem BRD-Imperialismus aber gleichzeitig eine Plattform, um europäische Ressourcen (Kapital, Arbeitskräfte, Rohstoffe) zunehmend für eigene strategische Ziele zu nutzen. Die innere Stabilität der BRD wurde ab den 50er Jahre unter den CDU-Regierungen durch die NATO (und auch durch das KPD-Verbot) garantiert. Im Mai 1968 wurde die Notstandsverfassung im Bundestag verabschiedet.



Die „Entspannungspolitik" der regierenden SPD ab 1969 brachte wirtschaftliche Vorteile durch Zusammenarbeit mit der UdSSR, beispielsweise durch günstiges Erdgas ab 1973. Gleichzeitig diente sie im Rahmen der US-Kalter-Krieg-Strategie zur „Aufweichung" des Sozialismus und verschaffte der BRD einen größeren Spielraum gegenüber den USA. Die interne Systemstabilität

24 „Keep the Russians out, the Americans in and the Germans down."
25 Westeuropäische Union

wurde nun auch durch das von der SPD propagierte Modell der „sozialen Marktwirtschaft“[26] garantiert. Dies fiel der BRD umso leichter, als im Rahmen der Entspannungspolitik die Militärausgaben von 4% des Bruttoinlandsprodukts (BIP[27]) auf etwa 3 %, nach 1990 sogar auf unter 2 % fielen. Im Vergleich zu den direkten Konkurrenten Frankreich und Großbritannien, die die Folgekosten eines zerfallenen Kolonialreichs und eines im Verhältnis zu ihren heutigen Möglichkeiten stark überdehnten Militärs zu tragen haben, brachte das der BRD wirtschaftliche Vorteile.

Der Zerfall der UdSSR und des osteuropäischen Sozialismus machte ab 1991 die USA zur unbestrittenen Nummer 1 weltweit. Für den deutschen Imperialismus wurden durch die Einverleibung der DDR in die BRD sowie die freie Expansion des deutschen Kapitals in ihr „Hinterland“ im Osten Europas völlig veränderte Existenz- und Lebensbedingungen geschaffen, sowohl national als auch international. Dazu der damalige „Verteidigungsminister“ Rühe: „Unsere wirtschaftliche, technologische und finanzielle Leistungsfähigkeit lassen eine Selbstbeschränkung deutscher Außenpolitik nach altem Muster nicht mehr zu.“[28] Deutschland fühlt sich nun stark genug, es auch mit der Russischen Föderation aufzunehmen.

II. Übergang zu einer Strategie des offenen Militarismus in der BRD

1. Warum jetzt der Übergang zu einer Strategie des offenen Militarismus?

Es hat Gründe, dass jetzt dieser Übergang stattfindet

Die bisherige Strategie der BRD hatte nach dem Ende der UdSSR auf internationalen Ausgleich, Handel und Verständigung gesetzt, bei gleichzeitiger Politik der Stärke. Deutschland sei, hieß es dazu im „Weißbuch 2006“, in „hohem Maße von einer gesicherten Rohstoffzufuhr und sicheren Transportwegen in globalem Maßstab abhängig. ... Von strategischer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands und Europas ist eine sichere, nachhaltige und wettbewerbsfähige Energieversorgung.“ Aus diesem Grund „muss die Sicherheit der Energieinfrastruktur gewährleistet werden“[29]. Dies wurde u. a. durch günstiges Gas aus der Russischen Föderation befördert.

Ab 2014 wurden die Rufe nach einer militärisch zu untersetzenden deutschen Weltmachtrolle immer lauter. Die Grundlagen dieser Politik wurden spätestens in den 1990er Jahren formuliert. Helmut Kohl hatte in seiner Regierungserklärung verkündet: „Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen, es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten“.[30] Unter Kanzlerin Merkel wurde die Unterwanderung der Zusammenarbeit mit Russland verstärkt. Ziel war die Schwächung und Unterwerfung Russlands als halbkoloniales Land, um die Ausbeutung Osteuropas und Russlands, eine Ausprä-

26 Die „Soziale Marktwirtschaft“ ist jedoch kein SPD-Modell. Es wurde aus einem Kreis von NS-Ökonomen heraus entwickelt. Als Namensgeber gilt Alfred Müller-Armack, seines Zeichens von 1933 bis 1945 NSDAP-Mitglied, danach in der CDU.

27 BIP steht für Bruttoinlandsprodukt. Es ist eine volkswirtschaftliche Kennzahl, die den Gesamtwert aller Güter und Dienstleistungen misst, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums (meist eines Jahres) in einem Land hergestellt wurden. Das BIP wird oft verwendet, um die wirtschaftliche Leistungskraft eines Landes zu beurteilen.

28 CDU-Dokumentation 17/1991

29 Weißbuch 2006, S. 17f.

30 Deutscher Bundestag. Plenarprotokoll 12/5, 30. Januar 1991 , Vgl. auch das Schäuble/Lamers-Papier vom 1.9.1994, *https://www.cvce.eu/documents/10181/41685/Piermattei_schauble+lamers+tedesco.pdf/2db4233b-a084-45b6-b94b-cd0607888b7e*

gung deutscher neokolonialer Praktiken, fortsetzen zu können. Dies sollte durch die NATO-Osterweiterung und die Provozierung eines Konfliktes mit Russland unter anschließender Verhängung von Wirtschaftssanktionen fortgesetzt werden. Der ehemalige Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels brachte 2022 die damalige Stimmung der reaktionärsten Kräfte auf den Punkt: „Deutschland will künftig sein tatsächliches geopolitisches Gewicht auf die Waage bringen. Wir sind die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt, die zweitgrößte NATO-Nation, das bevölkerungsreichste und ökonomisch führende Land Europas. Deutschland geht deshalb nun demonstrativ zu einer Politik der Wehrhaftigkeit und Stärke über.“[31]

Doch Deutschland hatte sich bei dem Ukraine-Abenteuer verrechnet. Die USA, die die engen Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands mit Russland blockieren wollten und die aus Gründen der Konkurrenz darauf setzten, ihre „Verbündeten“ direkter den unmittelbaren US-Interessen unterzuordnen, sorgten mit der Sprengung der Nord-Stream-Pipeline und dem Insistieren auf EU-Energiesanktionen gegen Russland für ein abruptes Ende des auf gegenseitigen Vorteil ausgerichteten deutsch-russischen Verhältnisses. Deutschland sah sich plötzlich ohne günstige Energieversorgung in Abhängigkeit von den USA. Wichtige Teile der BRD-Wirtschaft sind seitdem international nicht mehr konkurrenzfähig. Dazu kommt, dass die BRD zunehmend auch gegenüber China in Wissenschaft und Technik und bei der Produktivität (z. B. beim Einsatz von Industrierobotern) zurückfällt. Die BRD ist nicht mehr Exportweltmeister.

Russland konnte jedoch die gegen es verhängten Wirtschaftssanktionen abfedern und sich auch in der Ukraine gegen die gesamte NATO militärisch durchsetzen. Dadurch vollendet sich die strategische Katastrophe für die BRD: wirtschaftlich kastriert, den USA ausgeliefert, mit Russland verfeindet und gegenüber China immer weniger konkurrenzfähig.

Ein möglicher strategischer Ausweg aus dem Dilemma wäre eine erneute Verständigung der BRD mit Russland. Solch eine Strategie der BRD oder der EU könnte aber nur *gegen* die USA durchgesetzt werden. Sie würde eine Souveränität voraussetzen, die aufgrund der zunehmenden Schwäche der EU und ihrer stärkeren Abhängigkeit von den USA schwierig zu erreichen wäre. Völlig unrealistisch erscheint es, Beziehungen zu Russland (und China) konstruktiv zu gestalten, wenn mit von der Leyen und Merz Politiker am Ruder sind, die durch Herkunft und jahrzehntelange Prägung zur „atlantischen Solidarität“ mit den USA drängen.

So setzt die BRD, weil sie sich von den USA in diese Lage manövrieren ließ und weil sie Russland „aus einer Position der Stärke entgegentreten“ will, auf ein „jetzt erst recht“, „wir müssen gewinnen“. Der deutsche Imperialismus hat außenpolitische Ambitionen, die der für ihn charakteristischen Aggressivität entsprechen. Gepflegt wird wieder die Tradition militärischer Großmachtambitionen, getragen vom Revanchismus, der Rache für den verlorenen 2. Weltkrieg. Grundsätzlich bestimmend sind die harten, schon aus der Vorbereitung des 1. Weltkrieges bekannten ökonomischen Motive, insbesondere die Ausbeutung der Rohstoffressourcen Russlands. Die Strategie des offenen Militarismus wird außenpolitisch darauf setzen, schrittweise die Interessen des BRD-Gesamtkapitals nach dem Verlust seiner ökonomisch führenden Rolle stärker mit

> „Es sind also mehrere zentrale Aufgaben offensichtlich, bei denen deutsches Handeln die EU-Außen- und Sicherheitspolitik weiter stärken könnte und sollte. Deutschland sei zu klein für die Welt und zu groß für Europa, hat Henry Kissinger einmal gesagt. Der Ausweg: Nur mit Europa sind wir groß genug für die Welt und gleichzeitig nicht mehr zu groß für Europa.“ (Wolfgang Ischinger, 27.3.2017 auf Internetseite: *https://securityconference.org/news/meldung/monthly-mind-maerz-mehr-eigenverantwortung-in-und-fuer-europa/*)

Gewalt durchzusetzen. Militärische Stärke ist umso dringlicher, als mit schwindender industrieller Stärke der eiserne Griff, mit dem die BRD die EU beherrscht, schwächer wird. Dabei setzt man zunächst auf die Übernahme einer Führungsposition in Europa in der weiteren Aggression

31 H.-P. Bartels, Ein Epochenumbruch auch für die Rekrutierung, Europäische Sicherheit & Technik, ESUT, 17.04.2022. Hier zitiert nach J. Wagner, Im Rüstungswahn, Deutschlands Zeitenwende zu Aufrüstung und Militarisierung, PapyRossa Verlag, Köln 2022, S. 12.

gegen Russland, nachdem die USA ihre Prioritäten neu geordnet haben. Darüber hofft die BRD, Vorbehalte gegen ein militärisch starkes, auch atomar bewaffnetes Deutschland auszuräumen.

Innenpolitisch geht es darum, die „innere Akkumulation“, d. h. die weiter verstärkte Ausbeutung der Lohnarbeiter in Deutschland, zur Stärkung der Macht der deutschen Monopole und ihres Staates zu nutzen. Sozialabbau für Rüstungsausbau heißt die neue Devise, oder, wie es Clemens Fuest, Präsident des arbeitgebernahen ifo Instituts, ausdrückte: „Kanonen und Butter – das wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland. Das geht nicht. Sondern Kanonen ohne Butter.“[32] Um für die daraus resultierenden Klassenkämpfe gerüstet zu sein, muss der Staat auch nach innen aufrüsten.

„Merz hat zudem einen europäischen Nuklearschutz ins Gespräch gebracht und will darüber mit Paris und London sprechen. Auch hier fragt man sich, ob der Kanzler in spe die Idee bis zum Ende durchdacht hat. Im Moment sind weder die französischen noch die britischen Atomwaffen in der Lage, den atomaren Schutzschirm der USA zu ersetzen. Was kann Deutschland beitragen? Können wir uns erneut unsere Sicherheit kaufen und die moralischen Bedenken auslagern, die mit der atomaren Abschreckung verbunden sind? Oder will, kann und muss Deutschland Atommacht werden?“ (Handelsblatt, 4.3.2025)

2. Militarismus nach außen

So soll die Bevölkerung auf Linie gebracht werden
Gewalt alleine reicht nicht aus, um die Bevölkerung „kriegstauglich“ zu machen. Flankiert wird dies durch ideologische Beeinflussung. Und so sehen wir in den letzten Jahren

- ★ Aufbau von Feindbildern (Russland und China)
- ★ Geschichtsrevisionismus (Deutschland war angeblich nicht am 2. Weltkrieg schuld, sondern die UdSSR)
- ★ Die Vermischung von Kriegsideologie und Friedensdemagogie
- ★ Die Entwicklung eines Kriegsbilds, das den Krieg gegen eine Atommacht als führbar aussehen lässt
- ★ Zunehmende militaristische Manipulierung der Bevölkerung („Veteranentag“, Militärmusik, Aufmärsche)
- ★ Eindringen militaristischer Inhalte in Wissenschaft, Bildung und Erziehung zur militaristischen Erziehung der Jugend
- ★ Militärische Hysterie (Drohnenflüge, Sabotage, Spione) als Element der politischen Kontrolle über die Bevölkerung.

Um Hass zu erzeugen und die Gesellschaft einer geistigen Militarisierung zu unterziehen, muss man die Informationsmöglichkeiten der Bevölkerung ausschließlich durch staatliche und Monopol-Medien steuern. Dies schließt US- bzw. NATO-finanzierte und angeleitete Institutionen, Organisationen, NGOs und Medien auf deutschem Boden mit ein. Das setzt auf der anderen Seite Zensur und Verbot von Medien voraus, die andere Sichtweisen ermöglichen würden.
Für andere Aspekte wie Manipulation, Medien und Zensur verweisen wir auf die Bildungszeitung der DKP „Reaktionärer Staatsumbau“ von 2022.[33]

32 Zitiert nach: IMI-Studie 1/2025
33 Download unter:
https://dkp.de/wp-content/uploads/theorie-bildung/Bildungszeitung_08–2020_Druck_final_150dpi.pdf

Ausbau der Bundeswehr zur stärksten Armee in Europa

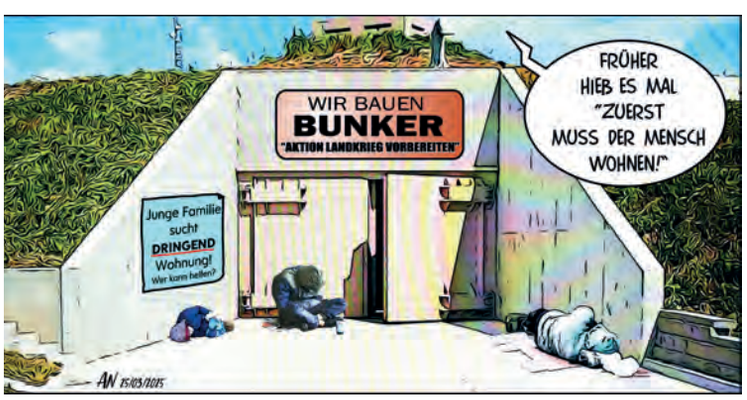
Für außenpolitische Machtprojektion ist die Bundeswehr in ihrer jetzigen Form nicht geeignet; Länder wie Ukraine, Türkei, Polen und Frankreich haben deutlich mehr Soldaten. Deshalb soll die Bundeswehr „konventionell zur stärksten Armee Europas … werden“, sagte Merz in seiner Regierungserklärung. So geht die Regierung davon aus, die Zahl der Bundeswehrsoldaten im aktiven Dienst von derzeit 182.000 auf 260.000 bis 2035 zu erhöhen (das wären dann schon mal mehr als in Frankreich). Dies setzt die Umorientierung der Jugend voraus, die an einen Zustand fehlender Wehrpflicht gewohnt ist. Das Militär muss den Willen der jungen Leute brechen, um sie zu willigen Werkzeugen zu machen. Das setzt voraus, dass staatsbürgerlich-demokratische Rechte beim Militär eingeschränkt sind. Um die „Bereitschaft zu dienen“ in der „Schule der Nation“ herzustellen, die Bereitschaft, sein Leben für das deutsche Kapital aufs Spiel zu setzen, muss man bei der Militarisierung des Erziehungssystems ansetzen und parallel durch Perspektivlosigkeit von Teilen der Arbeiterjugend dafür sorgen, dass die Bundeswehr als Retter erscheint, der guten Verdienst und endlich eine eigene Wohnung ermöglicht.

Der Ausbau der Bundeswehr verträgt sich durchaus auch mit Plänen, die EU stärker als Militärblock auszubauen; ja, er könnte über diesen Weg vielleicht auch die stärkere Kontrolle Frankreichs und Italiens ermöglichen, vorausgesetzt, dass die BRD weiter die EU dominieren kann.

„Wir stehen am Beginn einer höchst gefährlichen Phase der Weltgeschichte“, gab unlängst der renommierte Historiker Heinrich August Winkler zu Protokoll. Dass wir in einem Krisen- oder gar Kriegsfall unseren Mann oder unsere Frau stehen müssen, ist inzwischen deutlich wahrscheinlicher, als dass wir weiter unbehelligt im Zuschauerraum sitzen. Gerade jene, die sich um ihre Söhne und Töchter Sorgen mache, sollten sich dafür engagieren, dass wir alle bestmöglich vorbereitet sind. (Gastkommentar, Klaus Schweinsberg , Ökonom und Publizist im Handelsblatt, 14.4.2025)

Stärkung des staatsmonopolistischen Militärisch-industriellen Komplexes

Nötig für den Kurs sind auch deutlich mehr eigene Waffen. Eigene Waffen erfordern eine eigene Rüstungsindustrie (auch hier wieder gegen den Druck der USA, weitestgehend US-Waffen zu kaufen). Im staatsmonopolistischen System heißt das: privat Gewinne mit Waffen machen, dabei staatliche Beteiligung, Unterstützung etc. einfordern. Das erfordert nicht nur eine massive Erhöhung des Rüstungshaushaltes, sondern auch den staatlich organisierten Umbau ziviler Produktion zu militärischer Produktion. Durch diese Umlenkung der Kapitale in einen staatlich garantierten und besonders profitablen Aufrüstungsbereich wird sich in der BRD eine militärische Beschaffungsbürokratie, ein Militärisch-industrieller Komplex, ein Staat im Staate stabilisieren, dessen Eigeninteresse darin besteht, den Zustand der Militarisierung und Rüstungsausgaben im Interesse der Profite zu verewigen: sei es durch Verschärfung der Weltlage, sei es durch Lobbyismus, Korruption und direkte Bestechung politischer Mandatsträger wie in den USA. Die nationalen Interessen werden den Sonderinteressen dieses Militär-Industrie-Komplexes, dieses Konglomerates aus Rüstungsmonopolen, Militärbürokratie, Thinktanks und Finanzinstitutionen untergeordnet. Ein Beispiel für die Verflechtung des Staatsapparates mit der Militärwirtschaft ist die jährlich stattfindende „Münchner Sicherheitskonferenz“. Das gemeinsame Positionspapier der IG Metall, des Wirtschaftsforum der



„Russische Ziele sind das beste Übungsgelände für ukrainische Waffen und Reklame auf dem weltweiten Rüstungsmarkt“ (Oleksij Danilow, Sekretär des Ukrainischen Rat für Sicherheit und Verteidigung zitiert in: „Die strategische Falle“, Georg Auernheimer, Köln 2024)

SPD und des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) vom Februar 2024 mit dem Titel „Verteidigungsindustrie zukunftsfähig machen“ [34] bestätigt die erfolgreiche Einbindung einer Gewerkschaft in das staatsmonopolistische Rüstungssystem.

Umsteuern staatlicher Finanzen zugunsten der Rüstung

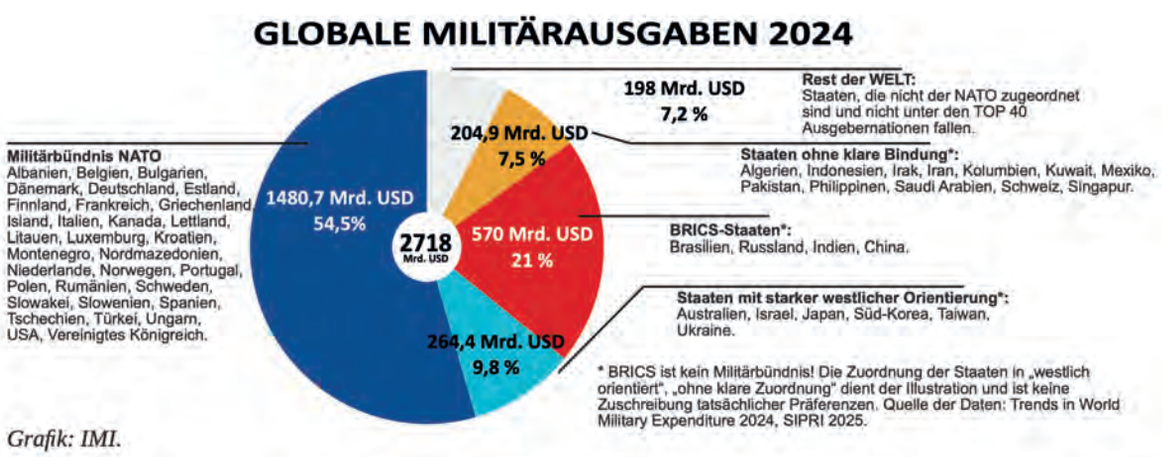
Doch mit einer niedergehenden industriellen Basis und zunehmend beschränkten staatlichen finanziellen Mitteln ist Aufrüstung nicht zu machen. Jedoch scheinen die verführerischen Zaubermittel des Gelddruckens und des Geldleihens beliebig zur Verfügung zu stehen.

Um was geht es? Mit dem im Jahr 2022 beschlossenen 100 Milliarden Euro großen Schuldenprogramm „Sondervermögen Bundeswehr“ stieg der Anteil der Militärausgaben am BIP[35] in Deutschland wieder auf knapp 2 %. Doch das ist erst der Anfang: laut Ankündigungen will die Bundesregierung in den nächsten 10 Jahren 1.000 (Tausend!) Milliarden Euro für Aufrüstung ausgeben.

1.000 Milliarden Euro: Wie viel ist das eigentlich? Zum Vergleich: Im Jahr 2023 beliefen sich die Ausgaben für ausgezahlte Renten deutschlandweit auf rund 340 Milliarden Euro.

Damit sollen die direkten und indirekten Militärausgaben der BRD auf jährlich 5 % des BIP steigen. 500 Milliarden davon sind für ein „Sondervermögen für Investitionen in Infrastruktur und Klimaneutralität“ vorgesehen, zu dem der ehemalige FDP-Verkehrsminister Wissing sagte: „Wir reden über Infrastruktur, bei der Straße und auch bei der Schiene, die wir zur Verteidigung unseres Landes brauchen.“[36] Als Grund für die Aufrüstung werden die „Verteidigung“ gegen angebliche Angriffe durch Russland und die Treue zu NATO-Zielen angegeben. In Wahrheit ist diese Umsteuerung der staatlichen Ausgabenschwerpunkte auf Aufrüstung der neuen Strategie des offenen Militarismus des deutschen Kapitals geschuldet.

Diese Aufrüstung auf Pump führt zu einer Verdopplung der Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte gegenüber 2023/24 und in den nächsten 10 Jahren zum Anstieg der Staatsverschuldung der BRD von 64 % auf 100 % des BIP. Diese enorme Kreditaufnahme für Militarisierung in der EU und der BRD auf dem freien Kapitalmarkt lässt die Zinsen steigen. Damit wächst der Teil des Haushalts, der nur für Schuldentilgung vorgesehen ist, ständig an. (In den USA ist dieser Posten bereits größer als der Verteidigungshaushalt.) Dies verringert den finanziellen Spielraum der öffentlichen Haushalte, sodass staatliche Ausgaben in zivilen Bereichen sukzessive abnehmen werden. Durch Ausgaben in Rüstung stehen weniger staatliche Gelder für Investitionen in Wissenschaft, Forschung und Technologie zur Verfügung. Die durch steigende Zinsen verteuerte Kreditaufnahme einschließlich der Bauzinsen schränkt zusätzlich Investitionen in zivilen Bereichen durch private Investitionen und Firmen ein.



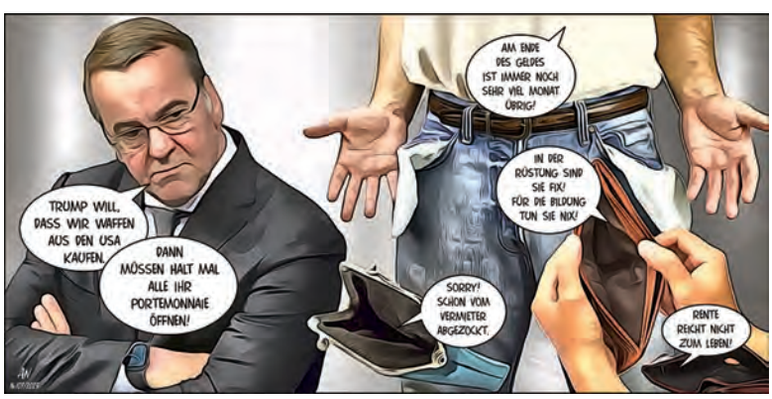
Grafik: IMI.

34 *https://www.igmetall.de/presse/pressemitteilungen/verteidigungsindustrie-zukunftsfaehig-machen*
35 BIP – siehe Fußnote 27
36 Süddeutsche Zeitung, 13.03.2025

Wird die Aufrüstung auf der anderen Seite nicht durch Kreditaufnahme gedeckt, sondern dadurch, dass die die Bundesbank oder die EZB-Staatsanleihen aufkaufen (d. h. wenn quasi „Geld gedruckt“ wird), dann steigt durch Geldentwertung des Euro die Inflation.

3. Direkte Folgen der Aufrüstung

Auswirkung der Aufrüstung auf die Bevölkerung und die Umwelt
Durch die Finanzierung der Aufrüstung über Schulden wird die Tatsache verschleiert, dass erhöhte Aufrüstung nur durch Sozialabbau (und die Reduzierung weiterer, für die Aufrüstung nicht wesentlicher Aufgaben wie Umwelt) finanziert werden kann. Bei einer soliden Haushaltsführung (die die „Schuldenbremse“ vom Staat erzwingen sollte) müsste die Bundesregierung stark erhöhte Ausgaben direkt und unmittelbar entweder durch die Kürzungen anderer Ausgaben (z. B. im Sozialhaushalt) oder durch Mehreinnahmen ausgleichen. Wir würden dies sofort in unserem Geldbeutel spüren. Dies ist gefährlich, da sich dadurch soziale Konflikte kurzfristig zuspitzen würden. Da ist die „Kreditaufnahme“ (d. h. das Schulden machen) der elegantere Weg. Der Konflikt wird in die Zukunft verschoben, bis die zunehmende Verschuldung die Politik zwingt, sich den Forderungen von Kreditgebern zu beugen. Spätestens dann schlägt die Stunde der Steuererhöhungen (z. B. der Mehrwertsteuer) und des Sozialabbaus. Im Gespräch sind bereits Personalabbau im öffentlichen Dienst sowie Leistungskürzungen der Sozialversicherungen und Einsparung bei den Renten durch Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Bei den dann scheinbar regierenden „Sachzwängen“ wird kaum einer mehr den Zusammenhang zu den verprassten Rüstungsmilliarden erkennen.



Auch das ambitionierte Programm des Übergangs zu einem „grünen Kapitalismus“ fährt gegen die Wand. Die Umweltbemühungen der Bundesregierung werden sich in Zukunft auf das oliv-grüne Anstreichen deutscher Panzer beschränken. Auch der durch die strategische Niederlage des deutschen Kapitals mitbedingte Niedergang der Autoindustrie wird uns den Verbrennungsmotor auf Dauer erhalten. Kernkraft bietet in Zukunft die einzige Möglichkeit, Strom günstig zu produzieren, um die deutsche Wirtschaft halbwegs wettbewerbsfähig zu erhalten. Mit dem Ausbau der Rüstungsindustrie werden nicht nur Umweltauflagen für die Industrie geschliffen werden. Bei der Gelegenheit wird man auch gleich Arbeitsschutzregelungen aufweichen.

Weitere Auswirkungen auf die Arbeiterklasse
Damit wird deutlich, dass sich unter dem Deckmantel der Militarisierung die Gesamtinteressen des Kapitals verstecken, auch die Ausbeutung im Inland insgesamt deutlich zu erhöhen, um den deutschen Monopolen international den Rücken zu stärken. Schon in den letzten Jahren hat der enorme Anstieg der Inflation, der durch Geldentwertung, durch zurückgehende Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die Sanktionspolitik gegen Russland befördert wurde, zu deutlichen Reallohnsenkungen geführt. Damit steigen umgekehrt die Gewinne des Kapitals. Noch höher steigen sollen sie durch Verlängerung der Lebensarbeitszeit und Aufweichung von Arbeitszeitbeschränkungen.

Der geplante Wehrdienst wird junge Erwachsene zwingen, ihre Ausbildung oder ihr Arbeitsleben für zwei Jahre zu unterbrechen, um sinnlose Tätigkeiten durchzuführen und ggf. ihr Leben zu gefährden. Dies verschärft den Fachkräftemangel und verschlechtert die Ausbildungsmöglichkeiten weiter, die eh schon durch eine Militarisierung des Bildungsbereiches eingeschränkt sind.

Der zunehmende Militarismus wird zu Einschränkung der Beschäftigtenrechte nicht nur in den eigentlichen Rüstungsbereichen und im Staatsdienst führen, die zu Sicherheitsbereichen

„Viele Ökonomen erwarten Einsparungen, fordern sogar drastische Maßnahmen. Denn dauerhaft, so argumentieren sie, ließen sich in immensen Ausgaben nicht allein mit Krediten finanzieren. (…) Ökonomen haben dafür bereits konkrete Vorschläge gemacht – und schrecken auch vor Tabus nicht zurück.
- Feiertage streichen (…)
- Elterngeld streichen (…)
- Subventionen streichen (... wie Steuerbefreiung von Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen oder der ermäßigte Mehrwertsteuersatz (…)
- Renteneintrittsalter erhöhen (…)
- Mehrwertsteuer erhöhen
- Sicherheitssoli einführen
- Steuern für Vermögende erhöhen“
(Handelsblatt, 7.3.2025)

ausgebaut werden. Auf einem „Dialogforum Sicherheit & Resilienz“ der Handelskammer Hamburg am 6. Mai 2025 empfahl Holger Berens, Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes für den Schutz kritischer Infrastruktur, allen Firmen, Mitarbeitende zu überprüfen – auch die in der Kantine oder in der Reinigung. Denn die Gefahr, dass sich darunter „Schläfer“ befinden, die für gezielte Sabotageakte von innen heraus gegen das Unternehmen angeheuert wurden, sei gegeben. Zunehmend werden auch „strategische“ Bereiche identifiziert, wo Lohnarbeiter „mit migrantischem Hintergrund“ aus Sicherheitsgründen nicht mehr beschäftigt werden sollen. Menschen aus Russland stehen sowieso unter Generalverdacht. Das soll die Arbeiterklasse spalten und den Kampf der Beschäftigten um ihre Interessen schwächen.

Es zeichnet sich ab, dass der Staatsapparat in Zukunft die Kapitalseite unverhohlener vertreten wird, indem gegen Streikende (auch mithilfe der Armee) vorgegangen wird, Arbeitsrechte weiter abgebaut werden usw.

Verlieren wir alle durch die Rüstung?

Verlieren wir also nicht alle letztendlich durch die Aufrüstung? Keineswegs! Dass die Bundesregierung Kredite in Höhe Hunderter Milliarden Euro aufnimmt, heißt auf der anderen Seite, dass es Leute gibt, die der Bundesregierung diese Summen leihen, z. B. in Form von Staatsanleihen, die Banken ihren geldanlegenden Kunden anbieten oder die von Vermögensfonds wie BlackRock gehalten werden. Und diese großen Geldbesitzer und Kapitalgesellschaften erhalten dann ihr Geld mit Zins und Zinseszins zurückgezahlt. Dass Zins und Zinseszins z. B. aus den Kürzungen im Sozialbereich stammen, interessiert in diesen Kreisen niemanden.

Auch die BesitzerInnen von Aktien von Rüstungsunternehmen profitieren dauerhaft von hohen Renditen. Der US-Vermögensverwalter BlackRock hält Aktien am deutschen Rüstungskonzern Rheinmetall (und Kanzler Merz war Aufsichtsratsvorsitzender von 2016 bis 2020 bei BlackRock Asset Management Deutschland).

Rüstung in der angestrebten schuldenfinanzierten Form bedeutet also auch eine konkrete Umverteilung von Vermögen. Der Politikwissenschaftler Christoph Butterwege kritisiert deshalb schon heute: „Jedenfalls verstärkt Aufrüstung die soziale Ungleichheit, denn sie macht die Reichen reicher und die Armen zahlreicher. Hauptprofiteure der außen-, energie- und militärpolitischen Zeitenwende sind die Großaktionäre deutscher und US-amerikanischer Rüstungskon-

zerne. Dass ihr fast zwangsläufig eine sozialpolitische Zeitenwende folgt, wird zur Senkung des Lebensstandards der Bevölkerungsmehrheit führen.“ [37]

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die kurzzeitige ökonomisch stimulierende Rolle der Rüstungsproduktion bedeutet letztlich die Hemmung der Produktivkräfte und des Wirtschaftswachstums sowie die Verschärfung aller gesellschaftlichen Widersprüche.

4. Militarismus nach innen

Gewaltsame Unterdrückung von Protest und Widerstand der Bevölkerung
Militarismus nach innen umfasst auf der einen Seite die formale und faktische Unterordnung der zivilen Staatsorgane unter die militärischen Institutionen im Rahmen des massiven Ausbaus des Militärbereichs in Deutschland (reaktionär-militaristischer Staatsumbau). Auf der anderen Seite verstecken sich dahinter weitere Maßnahmen, die die Unterdrückungsfunktion des Staatsapparates gegenüber der Bevölkerung verstärken. Das bedeutet also weitere Zentralisierung des Staatsapparates, Ausbau der Repressionsfunktion des Staatsapparates, verstärkte Zusammenarbeit aller Unterdrückungsorgane, Reduzierung rechtlicher Möglichkeiten der Gegenwehr im Rahmen eines weiteren Ausbaus von Notstandsgesetzen – kurz: Das alles bedeutet weiteren Abbau der bürgerlichen Demokratie. Diese Maßnahmen dienen also nicht nur der geplanten Durchsetzung des Militarismus als Strategie, sondern auch als Sicherheitsmaßnahmen gegen den Unmut einer Bevölkerung, die schon durch die kapitalistische Krise als solche einer massiven Verschlechterung ihres Lebensstandards ausgesetzt ist.

Unterordnung der zivilen Staatsorgane unter die militärischen Institutionen
Dass der Druck dazu nicht nur von Seiten des Militärs kommt, ist daran zu sehen, dass auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund im März 2024 die Bundesregierung aufforderte, massiv den Bau von Bunkern für die Bevölkerung einzuleiten. Auf unserem Parteitag wurde dazu ausgeführt, dass Kommunen aufgrund ihrer Unterfinanzierung bereit sind, die Militarisierung mitzumachen, wenn es Geld gibt. Auch hier ist die Nutzung des wirtschaftlichen und sozialen Abstiegs der BRD in die Maßnahmen zur breiten Durchsetzung des Militarismus mit eingeplant.

Die Planung unter dem Etikett „Zivil-militärische Zusammenarbeit“ (ZMZ) findet auch unter dem Vorwand der Bündnisverpflichtungen („militärisches Schengen“) statt, in deren Rahmen Transporte fremder und eigener Truppen an die Ostfront stattfinden sollen und Verwundete versorgt werden müssen. Was da auf uns zukommt, ist detailliert in dem „GRÜNBUCH ZMZ 4.0“ von Anfang 2025 beschrieben. [38] Auf dieses „Grünbuch“ muss näher eingegangen werden, weil es in aller Klarheit niederlegt, was der Militarismus der Bevölkerung bescheren wird.

Für den Krisenfall sieht das Grünbuch eine bevorzugte Versorgung verwundeter in- und ausländischer Soldaten in zivilen Krankenhäusern und beim Hausarzt vor. „Für die Versorgung einer großen Anzahl Verletzter wird zwingend auf zivile Versorgungsstrukturen zurückgegriffen werden. Diese sind bereits aktuell sehr be- beziehungsweise überlastet. In der aktuell diskutierten Reform der Notfallversorgung ist eine Ausrichtung des Systems auf zusätzliche Patienten aus einem bewaffneten Konflikt nicht vorgesehen. Eine öffentliche Diskussion über eine daraus folgende Reduzierung des Versorgungsniveaus findet nicht statt, die Bevölkerung ist auf diese nötige Priorisierung nicht ausreichend vorbereitet.“[39]

Für die Unterstützung von Militärtransporten werden die Landräte verantwortlich gemacht. „Die Truppentransporte, verbunden mit dem einhergehenden Logistikaufwand, werden dazu führen, dass das zivile Leben stark beeinflusst werden wird. Daraus ergeben sich Einschränkungen/Beschränkungen für den öffentlichen Verkehr und die Mobilität der Bevölkerung. Dies kann auch dazu führen, dass die Versorgung nur eingeschränkt oder verzögert aufrechterhalten werden kann. … Ferner ist von einem steigenden Kriminalitätsaufkommen auszugehen (*teils aus einer*

37 Ch. Butterwege, Was hat soziale Ungleichheit mit dem Krieg zu tun?, Frankfurter Rundschau, 11.02.2024, *https://www.fr.de/politik/was-hat-soziale-ungleichheit-mit-dem-krieg-zu-tun-92826355.html*
38 Download unter: *https://zoes-bund.de/publikationen/gruenbuch-zmz/*
39 Grünbuch, S. 35

Not heraus, massiv aber auch durch Ausnutzung der besonderen Lage). … Die sicherheitspolitische Lage (Truppenbewegung) und die sich daraus ergebenden Folgen werden zu einer Steigerung des Versammlungs- und Demonstrationsgeschehens führen … Das führt dazu, dass ganz gesteigerte Anforderungen an die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Land zu stellen sind. Die ‚Unruhen' könnten forciert und angestachelt werden, um zu einem Zustand allgemeiner Unruhe zu gelangen (politische Destabilisierung)."[40]

Von der Bevölkerung wird stattdessen das „Annehmen der Umstände"[41] verlangt. Friedensaktivisten, NATO-Gegner, Streikende, Bauern, ja alle, die nicht freudig mitmachen, werden als Störer im Rahmen einer ominösen „hybriden Bedrohung" identifiziert und Maßnahmen im Rahmen der „Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" durch Nachrichtendienste, Bundeswehr und Polizei ausgesetzt. Ja, auch der Einsatz der Bundeswehr im Inneren, das gemeinsame Training von Polizei und Bundeswehr[42] ist als Teil der ZMZ vorgesehen.

Ausbau der Unterdrückungsfunktion des Staatsapparates gegenüber der Bevölkerung

Es ist klar, dass bei so hochgesteckten machtpolitischen Zielen in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs eine soziale Befriedung der Bevölkerung demnächst „nicht mehr finanzierbar" ist. Stärkere Kontrolle, Unterdrückung muss an ihre Stelle treten. Auch dies wird unter dem verharmlosenden Begriff der „Zivil-militärische Zusammenarbeit" (ZMZ) versteckt.

Unter dem Stichwort „Ausbau der Sicherheitsstrukturen" wird im Grünbuch[43] ausgeführt:

„Kabinett beschließt ersten Nationalen Sicherheitsrat" (…) Bundeskanzler Merz: Man müsse ‚schneller, kreativer und entschlossener' werden, etwa beim Schutz kritischer Infrastruktur. Und es gehe um einen weiten Sicherheitsbegriff – um innere, äußere, wirtschaftliche und digitale Sicherheit." Handelsblatt, 28.08.2025

40 Grünbuch, S. 47
41 Grünbuch, S. 19
42 Grünbuch, S. 48

„Schaffung einer zentralen Koordinationsstelle für hybride Gefahren, die alle relevanten Behörden und Ministerien einbindet.“ Unter den relevanten Organisationen sind neben Bundes- und Landes-Ministerien (vertreten durch einen „Single Point of Contact“[44]) auch die Geheimdienste und die Bundes- und Landespolizeien gemeint. Wen das zu sehr an das Reichssicherheitshauptamt des faschistischen Deutschlands erinnert, der wird darin durch die folgende Aussage bestärkt: „Das ‚Trennungsgebot‘ im Informationsaustausch zwischen dem Verfassungsschutz und der Polizei muss für Krisen- und Verteidigungsfälle so ausgestaltet sein, dass es zu keiner (Informations-)Einbuße in der Öffentlichen Sicherheit führen kann.“[45] Flankiert wird das durch die angemahnte Änderung bzw. Verabschiedung vieler Gesetze im Interesse der Konsolidierung des Militarismus, d. h. demokratische Rechte abbauende Änderungen und Ergänzungen des Grundgesetzes, des Straf-, Vereins-, Polizei- und Versammlungsrechtes, wie im „Grünbuch“ im Detail aufgeführt.

5. Offener Militarismus als Gesamtstrategie des deutschen Kapitals

Politik der Stärke als Gesamtinteresse des Kapitals

So setzen sich unter Druck der USA in der Gesamtstrategie des deutschen Kapitals im Moment die aggressivsten Teile des Monopolkapitals durch: die Atlantiker, die eng verbunden mit den USA auf deren Exportmarkt setzen, die Vertreter des internationalen Finanzkapitals, für die wachsende Schulden der Weg sind, um die Ressourcen eines Landes immer weiter auszupressen, und die Vertreter eines aggressiven, revanchistischen Deutschlands im Verbund mit der Rüstungsindustrie (einschließlich potenzieller Teile weiterer für die Rüstungsproduktion benötigten Industrie: Maschinen- und Anlagenbau, Digital, Elektro und Bau sowie Teilen der Chemischen Industrie). Verlierer sind andere Teile des monopolistischen und nicht-monopolistischen Industriekapitals, des Außen- und Binnenhandels, die ungestörte Geschäfte (auch mit Russland und China) brauchen, für die Investitionen in Infrastruktur, Wissenschaft und Technik eine Perspektive eröffnen würden und die sich eher durch eine moderat nationale Politik vertreten sehen würden.

Eingebunden werden jedoch alle Teile des Kapitals durch das gemeinsame Interesse, in Zukunft militärische Stärke wieder im eigenen Interesse einsetzen zu können und dabei die Aufrüstungs- und Krisenlast auf die Bevölkerung abwälzen zu können. Es gibt das gemeinsame Interesse, die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu erhöhen, Teile der Arbeiterjugend als Soldaten zu formen und damit auch sicherzustellen, dass bei all diesen Grausamkeiten das kapitalistische System geschützt wird.

Die offene Militarisierung ist eine Strategie der Einheit von Aggression nach außen und Einschränkungen der Grundrechte sowie autoritärer Umbau von Staat und Gesellschaft nach innen, von Bereicherung größerer Teile des Monopolkapitals und Verarmung der Bevölkerung, von verstärkter Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Umwelt. „Dieser reaktionär-militaristische Gesellschaftsumbau stärkt faschistische Kräfte und bereitet potenziell den Übergang zu faschistischen Herrschaftsformen vor.“[46]

43 Grünbuch, S. 63
44 Zentrale Anlaufstelle oder einziger Ansprechpartner
45 Grünbuch, S. 48
46 Handlungsorientierung, beschlossen auf dem 26. Parteitag der DKP

Diese abenteuerliche Strategie des Militarismus, die in der deutschen Geschichte schon mehrfach eine verheerende Rolle gespielt hat, scheint alle diese Punkte zu vereinen. Aber der objektive innere Widerspruch der außenpolitischen Orientierung des deutschen Imperialismus zwischen hochgesteckten Zielen und beschränkten realen Möglichkeiten bleibt bestehen.

Strategie größenwahnsinnig und gefährlich

Wenn der Imperialismus im Westen konventionell erfolgreich gegen Russland vor seiner Haustür (d. h. an der „Ostfront“) vorgehen wollte, müsste er (wie in der Zeit des „kalten Krieges“) ein Potential an Militärindustrie, Logistik, Personal etc. aufbauen, das dem der Russischen Föderation überlegen wäre. Dies müsste gegen den Trend der kapitalistischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte in den entwickelten westlichen Ländern (Dienstleistungen statt Industrie) angehen. Ob dem Imperialismus im Westen dafür noch die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen und ob dies gegen eine daran nicht interessierte Bevölkerung durchgesetzt werden könnte, ist zu bezweifeln.

Ist die BRD heute noch in der Lage, über die ganze erforderliche Bandbreite Rüstungsgüter herzustellen? Es wird sich zeigen, ob ihre industrielle Basis, ihre Facharbeiterstruktur das hergibt. Die economics of scale[47] (ausgedrückt in Kosten des fertigen Produkts) sprechen gegen die BRD. Ihre starken Abhängigkeiten vom Ausland („Seltene Erden“ aus China) und Lieferketten-Probleme erschweren eine Rüstungsproduktion unter „Feindbedingung“, machen sie aber nicht unmöglich.

Wissenschaftlich-technologisch und industriell ist der Imperialismus im Westen hinter Asien zurückgefallen. Bei Rüstungstechnologie besteht weiter eine überwältigende Abhängigkeit von den USA (Technologie, Komponenten). Diese Probleme könnten durch eine europäische Zusammenarbeit gemindert werden, doch die innerimperialistischen (nationalen) Widersprüche machen die volle Umsetzung dieses Potenzials eher unwahrscheinlich. Dies führt dazu, dass auch in Zukunft ein wesentlicher Teil speziell der „höherwertigen“ Rüstung in den USA gekauft werden muss. Dennoch ist gerade der Bereich der Rüstungsindustrie einer der nur noch wenigen, in denen Deutschland international immer noch konkurrenzfähig ist, sodass die Abhängigkeit von den USA nicht pauschalisiert werden darf.

Russland muss die Aufrüstung der Ukraine mit Angriffswaffen durch die BRD als direkte Bedrohung seiner Sicherheit interpretieren. Ebenso die permanente Stationierung der ab 2027 „kampfbereiten“ deutschen Panzerbrigade 45 in Litauen (der erste Großverband, den die Bundeswehr dauerhaft im Ausland stationiert), die Aufrufe führender deutscher Politiker zur Bombardierung Moskaus sowie die Stationierung der US-Erstschlagraketen in der BRD ab 2026. Moskau sieht speziell die aktuelle BRD-Regierung unter Merz als Scharfmacher – der russische Außenminister Lawrow warf Merz sogar vor, die Militarisierung unter antirussischen Losungen wie zu Nazi-Zeiten zu führen.

Russland ist militärisch ein ernst zu nehmender Gegner: eine Atommacht. Natürlich will die herrschende Klasse der BRD einen Krieg gewinnen. So fragt sie sich: „Wie muss der Krieg aussehen, der a) die Verwirklichung der Ziele des BRD-Imperialismus gewährleistet und nicht etwa dessen Ende mit sich bringt? Und b) dessen Vorbereitung noch bezahlt werden kann?“[48] Die propagierten Kriegsbilder dienen dazu, „in Vorbereitung befindliche Aggressionen zu erläutern und zu diskutieren und schließlich politisch-moralisch zu sanktionieren“.[49] Das „Grünbuch“ geht davon aus: „Anders als im Kalten Krieg der 1970er und 1980er Jahre ist Deutschland kein Frontstaat mehr, sondern wird seine Rolle als Drehscheibe finden und beweisen müssen.“[50] Dokumente wie das Grünbuch dienen der ideologischen Vorbereitung auf den Krieg, indem sie solche Vorstellungen bei der Bevölkerung erzeugen sollen, die der Kriegsvorbereitung förderlich sind, z. B. solche, dass ein Krieg gegen eine Atommacht führbar ist, dass Russland sich an das geplante Szenario hält, dass ggf. die Drohung schon ausreicht, um die Russische Föderation zum Einlenken zu bewegen. Doch ist das realistisch? Der ehemalige Präsident und jetzige stellvertre-

47 Economics of scale bedeutet: Kostenvorteile, die sich aus der Betriebsgröße eines Unternehmens oder seiner Produktion ergeben.
48 Artur Pech, Das Kriegsbild in der BRD. Deutscher Militärverlag, Berlin, 1987, S. 47
49 Artur Pech, a.a.O, S. 51
50 Grünbuch, S. 12

tenden Vorsitzende des russischen Sicherheitsrats, Dmitri Medwedew, warnte vor einiger Zeit: Sollte Russland einen Krieg gegen die EU führen müssen, so würde dieser nicht in konventioneller Weise ausgetragen werden. Übersetzt heißt das: bei einem nächsten Krieg *ist* die BRD Frontstaat, Ziel von Hyperschallwaffen wie Oreschnik, ggf. auch von Atomwaffen, gegen die sie sich nicht verteidigen kann.

Doch wenn der Imperialismus im Westen im Zuge des Aufrüstens zu dem Schluss kommen sollte, dass sich ihm die Chance eines Präventivschlags gegen Russland bietet, dass er die extreme Vorsicht Russlands in Bezug auf den Einsatz von Atomwaffen ausnutzen kann, um das russische Atomwaffenpotenzial zu neutralisieren, dann steigt das Risiko eines Konflikts, ja eines Atomkrieges drastisch. Niemals dürfen wir vergessen: Die für die Machtausübung der Monopolbourgeoisie notwendigen rationalen Einsichten, deren Notwendigkeit unbestritten ist, sind „gebrochen durch das Prisma (ihrer) bornierten und reaktionären Klasseninteressen“[51]. Sie werden dem Ziel, der Erhaltung und Festigung des Kapitalismus untergeordnet. Die herrschende Klasse macht also auch bei subjektiv anderer Ansicht einzelner Mitglieder *objektiv* vor der Selbstvernichtung nicht halt, wenn kein anderer „Ausweg“ mehr gesehen wird. Der Imperialismus bringt eine irrationalistische Ideologie hervor, die eine Eigendynamik gewinnen kann und im Zweifelsfall die herrschende Klasse über ihre eigenen Ziele hinaustreibt.

51 Autorenkollektiv, Denken gegen die Zeit, Berlin 1981, S.46

C. Friedenskampf und Klassenkampf

Wir wissen jetzt, dass der Kapitalismus, und speziell der Imperialismus, zwangsläufig Kriege hervorbringt. Wir wissen, dass der Kampf des US-Imperialismus gegen seinen gesetzmäßigen Abstieg und dass der Übergang des deutschen Imperialismus zu einer Strategie des offenen Militarismus die Kriegs-, ja die Weltkriegsgefahr enorm erhöht. Deshalb sind die drängenden Fragen: Lässt sich ein Weltkrieg verhindern? Wenn ja, welche Schritte müssen wir als Kommunisten in diese Richtung unternehmen?

Wir stellen uns diese Frage nicht alleine. Viele verschiedene Kräfte in Deutschland und der Welt wollen einen Weltkrieg verhindern. Wir erkennen das an und wollen mit diesen Friedenskräften an diesem Ziel gemeinsam arbeiten. Damit wir das erfolgreich tun können, müssen wir uns erst mal selbst Rechenschaft über die Bedingungen ablegen, die aus unserer Sicht notwendig sind, damit der Friedenskampf erfolgreich geführt werden kann.

1. Frieden und Sozialismus

Da der Krieg im Kapitalismus wurzelt, muss man den Kapitalismus überwinden, muss man den Sozialismus erkämpfen, um die Kriegsgefahr endgültig zu bannen. Dass Sozialismus Frieden bedeutet wurde bereits mit Lenins „Dekret über den Frieden“ vor aller Welt deutlich.

Nun besteht die Kriegsgefahr aber heute, zu einem Zeitpunkt, wo eine sozialistische Revolution in der BRD nicht absehbar ist. Wir müssen also heute Friedenskampf führen. Aber dieser darf nicht dem langfristigen Ziel der grundsätzlichen Überwindung der Kriegsgefahr entgegenstehen. Der Kampf um Frieden als Tagesaufgabe muss verbunden werden mit dem Kampf um den Sozialismus.

2. Friedenskampf und Antimilitarismus

Friedenskampf ist, nach dem was wir in den bisherigen Kapiteln gesehen haben, kein bloß abstrakter oder nur moralischer Kampf. Der Kriegskurs wird vom deutschen Imperialismus dadurch verfolgt, dass die Durchsetzung des Militarismus in Deutschland offen forciert wird. *Der konkrete Kampf gegen den Krieg muss sich daher gegen die Durchsetzung des Militarismus richten. Der Friedenskampf muss heute und hier antimilitaristischer Kampf sein.*

Der Antimilitarismus, also der Kampf für die Schwächung des Militarismus, muss in sich einschließen den Kampf

- ★ gegen die militaristische und chauvinistische Verhetzung der Völker, konkret der Kampf gegen Umerziehung der Jugend zum Hass auf Russland
- ★ gegen die Ausdehnung des stehenden Heeres, gegen die Wehrpflicht und die Herausbildung einer Offizierskaste; gegen aggressive Militärbündnisse wie NATO; gegen die Verwandlung der EU in einen Militärblock
- ★ gegen die Festigung eines Militärisch-industriellen Komplexes in der BRD oder in der EU; gegen Rüstungsexporte
- ★ gegen die Erhöhung der Staatsschulden bzw. Staatsausgaben für die Unterhaltung und Vergrößerung der Militärmaschinerie
- ★ gegen die Militarisierung des Staates und damit gegen die Ersetzung bürgerlich demokratischer Rechte durch eine Notstandsverfassung (Notstandsgesetze)
- ★ für die Beseitigung der Beherrschung des gesamten öffentlichen Lebens durch Militarismus
- ★ um die Durchsetzung des Völkerrechts und für die friedliche Beilegung internationaler Auseinandersetzungen.

Der Kampf für zivile Infrastruktur, für soziale Staatsausgaben, für die Nutzung der wissenschaftlichen und technischen Forschung in Hochschulen für ausschließlich friedliche Zwecke, für die Ausrichtung auf den Schutz der natürlichen Umwelt steht der Militarisierung entgegen und kann heute auch nur noch im Kampf gegen die Militarisierung durchgesetzt werden.

Noch eine Schlussfolgerung können wir ziehen: Da hinter dem Kriegskurs die reaktionärsten Kräfte des Monopolkapitals stecken, muss sich der Friedenskampf gegen diese Klassenfraktion richten. Wir gehen davon aus, dass die objektiven Interessen aller anderen Klassen und Klassenfraktionen – zumindest in der Frage der Weltkriegs- bzw. Atomkriegsgefahr – in Widerspruch zu diesen reaktionären Kräften stehen. Dies ist die Basis für unsere breiteste Bündnisstrategie in der Friedensfrage. Ziel ist die Entwicklung einer Bewegung, die stark genug ist, die konkrete Kriegsgefahr zurückzudrängen und den Ausbruch eines Weltkrieges zu verhindern. Wir werben darüber hinaus für unsere Auffassung, dass für eine nachhaltige und konsequente Friedenspolitik der Friedenskampf antimilitaristischer Kampf sein muss und sind bereit, auch dafür mit anderen Kräften zusammenzuarbeiten.

3. Friedenskampf ist Klassenkampf

Kriege bringt der Imperialismus gesetzmäßig immer wieder hervor. Heißt das, dass konkrete Kriege unvermeidlich sind? Gibt es Möglichkeiten, die derzeitige Entwicklungsrichtung zu verändern?

„Objektive Gesetze“ bedeuten nur scheinbar einen „unaufhaltsamen Automatismus“. Gesellschaftliche Verhältnisse werden von Menschen gemacht. Weiten wir deshalb den Blick und treten wir der Resignation entgegen: Die materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse bilden den Rahmen menschlichen Handelns – doch das Handeln wirkt auf diese Verhältnisse zurück. Die verschiedenen Möglichkeiten, die in der Realität objektiv angelegt sind, werden nur durch das konkrete Verhalten der Menschen Wirklichkeit.

Da aber die Kriegstendenzen gesetzmäßig auch Gegentendenzen hervorbringen, verkörpert durch die sozialen Kräfte, deren Interessen Militarismus, Krieg oder gar Weltkrieg entgegenstehen, ist der Kampf für den Frieden auf der sozialen Ebene eine Frage des Kräfteverhältnisses von Klassen. Aus unserer Sicht ist deshalb der Friedenskampf Klassenkampf und damit das Eingreifen der Arbeiterklasse in den Friedenskampf unverzichtbar.

4. Die Arbeiterklasse – das handelnde Subjekt

Wenn in diesem Land substantielle Veränderungen herbeigeführt werden sollen – egal ob es um Verteilungs-, Umwelt- oder eben die Friedensfrage geht, kann sie nur die Arbeiterklasse erkämpfen.
Warum ist das so? Sechs entscheidende Gründe:

- ★ Quantitative Macht: sie stellt die Mehrheit der Bevölkerung.
- ★ Betroffenheit: sie trägt die Hauptlast von Kriegspolitik und sozialen Verwerfungen und profitiert am wenigsten von ihr.
- ★ Organisationsgrad: die Arbeiterklasse ist – trotz starkem Rückgang der Organisiertheit in Gewerkschaften – immer noch die am stärksten organisierte soziale Gruppe.
- ★ Ökonomische Schlüsselstellung: als Klasse, die Mehrwert schafft, steht sie der bourgeoisen Mehrwert-Aneignung direkt gegenüber – und verbindet so ihre Interessen mit denen anderer ausgebeuteten Schichten.
- ★ Durchsetzungsstärke: ihr steht das wirksamste Druckmittel zur Verfügung: Arbeitsniederlegungen mit unmittelbarer Auswirkung auf das gesellschaftliche Leben.
- ★ Wirksamkeit: durch betriebliches Handeln kann sie ökonomische und politische Effekte erzeugen, die weit über den Arbeitsplatz hinausreichen.

5. Friedenskampf ist objektiv Teil des Klassenkampfes der Arbeiterklasse

Für die Arbeiterklasse selbst berührt die Frage des Kampfes gegen den Militarismus ihre grundlegendsten Interessen. Deshalb ist Friedenskampf objektiv Teil des Klassenkampfs der Arbeiterklasse,

- ★ weil er das objektive Klasseninteresse, das physische Überleben des Proletariats, zum Gegenstand hat;
- ★ weil er sich gegen eine nationalistische Spaltung richtet und damit die internationale Solidarität fördert. Der Friedenskampf hat damit antiimperialistischen Charakter. Er befindet sich in dem Spannungsfeld zwischen revolutionärem Kampf, Friedenskampf und sozialem Fortschritt;
- ★ da der Militarismus auch innenpolitisch zur Unterdrückung der Rechte der Arbeiterklasse dient und ein Kampf gegen die Kriegsgefahr ohne einen Kampf gegen den Militarismus, der der Vorbereitung des Krieges dient, unmöglich ist;
- ★ da Aufrüstung auch immer Umverteilung von unten nach oben ist;
- ★ da die Arbeiterklasse die Männer und Frauen stellen soll, die auf dem Schlachtfeld sterben.

Der Emanzipationskampf der Arbeiterklasse war schon im 19. Jahrhundert undenkbar ohne energischen Kampf gegen den Militarismus in allen seinen Formen. Das gilt auch heute.

Der Kampf für den Frieden ist keine eigenständige Bewegung, die unabhängig vom Klassenkonflikt existiert. Er entspringt vielmehr zwangsläufig den Widersprüchen des kapitalistischen Systems. In diesem Sinne ist der Friedenskampf eine konkrete Ausdrucksform des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse allgemein. Dieser Befreiungskampf schließt aber auch den Kampf um demokratische und soziale Entwicklung der Arbeiterklasse ein, ebenso den Schutz der Umwelt als natürlicher Lebensgrundlage der Gattung. Es sind keine getrennten Kämpfe, sondern sind verschiedene Seiten eines einheitlichen Klassenkampfs, der, wenn er erfolgreich sein soll, von der Arbeiterklasse bewusst als Klassenkampf geführt werden muss.

Das geht nur, wenn sich die Arbeiterklasse als eigenständige Klasse begreift. Lenin erklärt dies mit der Entwicklung

- ★ von einer Klasse *an sich* (ihrer objektiven Lage nach)
- ★ zu einer Klasse *für sich*. Klasse „für sich“ wird sie, wenn sie sich selber wahrnimmt als eigene Kraft, als etwas Zusammengehöriges.

In dem Konzept steckt ein dialektischer Entwicklungsgedanke.

6. Ideologischer Klassenkampf: der Kampf um das Bewusstsein der Arbeiterklasse

Der Bewusstseinsstand der Arbeiterklasse selbst ist Ausdruck der ökonomischen (kapitalistischen) Verhältnisse. Das gesellschaftliche Leben erscheint als Folge von Sachzwängen. Natürlich ist der arbeitslos gewordene Kollege aus der Autoindustrie froh, einen Job in der Rüstungsindustrie zu finden.

Zu diesem „falschen Bewusstsein", das wegen des irreführenden „objektiven Scheins" aus den kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnissen erwächst, kommt die Manipulation durch die Bourgeoisie. „Die Gedanken der herrschenden Klassen sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d. h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht."[52] Die Medien in der Bundesrepublik scheinen gleichgeschaltet: ohne Belege wird Russland als potentieller Angreifer Deutschlands bezeichnet. Man müsse gezwungenermaßen vorbeugen, Waffen produzieren, Putin zuvorkommen. Es findet also ein ideologischer Klassenkampf statt. Der Militarismus ist dabei auch ein Hebel, um das Klassenbewusstsein zu verwirren und zu vernebeln.

Selbstverständlich beschäftigte Lenin sich auch mit diesem Problem und analysierte u. a. in „Was tun": Aus sich heraus entwickelt die Arbeiterklasse lediglich ein „Trade-unionistisches Bewusstsein" (= gewerkschaftliches Bewusstsein). Ein revolutionäres Klassenbewusstsein müsse hingegen in die Arbeiterklasse hineingetragen werden. Dabei spielt die Kommunistische Partei die zentrale Rolle.

„Die Integration der Arbeiterklasse ist derzeit eine zentrale Machtstütze der Kriegspolitik und zugleich deren Achillesferse" schätzte die DKP in dem Referat Patrik Köbeles auf dem 26. Parteitag ein. Unsere aktuelle Hauptaufgabe liegt deshalb darin, die Arbeiterklasse aus der geistigen Umklammerung durch die Bourgeoise, aus ihrer Integration in den Kriegskurs des deutschen Imperialismus zu lösen.

7. Hauptaufgabe der DKP heute: Förderung des Klassenbewusstseins der Arbeiterklasse als notwendiger Schritt für den Friedenskampf

Unsere Erkenntnis ist: Der Militarismus widerspricht den fundamentalen Interessen der Arbeiterklasse. Deshalb versuchen wir, diese Erkenntnis der Arbeiterklasse zu vermitteln. Wir nennen das „Vermittlung von Klassenbewusstsein", weil es darum geht, die eigenen Interessen (hier: an

> „Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, dass sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andrerseits dadurch, dass sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.
> Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus." (Marx/Engels: Kommunistisches Manifest. MEW 4; S. 474)

52 MEW 3/46

einer friedlichen Variante) zu erkennen. Wie wir eben gesehen haben, versucht der Klassengegner umgekehrt, die Lohnarbeiter seinen Interessen unterzuordnen.

Was fördert nun diese Entwicklung von Klassenbewusstsein, von einer Klasse *an sich* zu einer Klasse *für sich*? Ansatzpunkt ist der Kampf der Arbeiterklasse für ihre unmittelbaren Interessen:
★ Lohnkämpfe
★ Kampf gegen Umverteilung und Sozialabbau
★ Kampf gegen Inflation
★ Widerstand gegen Wohnungsknappheit und Mieterhöhung
★ Erhalt der Strukturen der Daseinsvorsorge.

Das sind klassische Felder, in denen die Arbeiterklasse in der Auseinandersetzung Erfahrungen sammelt.

Im direkten Zusammenstoß mit dem Klassengegner oder seinem Staat erkennt sich die Arbeiterklasse als eine Klasse mit eigenen Interessen und Zielen. Doch revolutionäres Bewusstsein entsteht nicht spontan aus ökonomischen Kämpfen – ebenso wenig wie deren Transfer in antimilitaristischen Widerstand. Genau an dieser Bruchstelle wird die kommunistische Partei zum entscheidenden Katalysator: als Organisator der Erkenntnis.

Wir kämpfen dabei mit für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber wir vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung: Verbindung von Tageskampf und Endziel. Das ermöglicht Massenwirksamkeit.

In der aktuellen Situation ist insbesondere wichtig zu vermitteln, dass der Kampf gegen den Militarismus für die Arbeiterbewegung unverzichtbar ist und dass perspektivisch ohne Systembruch kein dauerhafter Frieden möglich ist. Die Partei ist so die Brücke zwischen Alltagskämpfen, dem politischen Kampf gegen den Militarismus und dem Ringen um die Systemfrage, dem revolutionären Bruch.

Dabei ist die rechtzeitige Enthüllung des Geheimnisses der Vorbereitung und Auslösung imperialistischer Aggressionskriege eine unserer Hauptaufgaben. Leitlinie der Parteiarbeit bleibt der Gedanke von Karl Liebknecht, den er in einem Flugblatt 1915 darlegte: „Der Hauptfeind jedes Volkes steht in seinem eigenen Land! *Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie.* Diesen Feind im eigenen Lande gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht."

8. Die DKP in der Friedensbewegung

Die DKP betrachtet die Friedensbewegung in Deutschland als Teil der internationalen Kräfte, die sich gegen die vom westlichen Imperialismus vorangetriebene Eskalation der (Atom-) Kriegsgefahr richten. Dazu gehören insbesondere die sozialistischen Staaten bzw. Länder mit sozialistischer Orientierung wie China, Kuba, Vietnam, Nordkorea und Laos. Die Aktivitäten der Friedensbewegung in Deutschland müssen auch vor dem Hintergrund verstanden werden, dass die Interessen der in Strukturen wie den BRICS zusammengeschlossenen Staaten objektiv auf eine Abwehr der US-imperialistischen Dominanz und Aggressivität gerichtet sind – auch dann, wenn sie selbst Länder mit einem entwickelten Monopolkapital sind. Diese Positionen finden

zunehmend Resonanz in einer alternativen internationalen Medienöffentlichkeit, die die kriegstreibenden Kräfte kritisiert und immer mehr Zuspruch erfährt. Die DKP betrachtet ihre Vermittlung als eine Chance für die Friedenskräfte und betont dies in der politischen Diskussion innerhalb der Friedensbewegung.

Handlungsorientierung der DKP: „Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg ist der entscheidende Kampf der nächsten Jahre. Wir stellen ihn in den Mittelpunkt unseres Handelns, wir ordnen andere Kämpfe in diesen Kampf ein. Deshalb wollen wir die Friedensbewegung stärken und dort Klassenpositionen einbringen. Die Basis für den Erfolg dieser Aufgabe ist die Verankerung in der Arbeiterklasse. Diese können wir vor allem durch die Intensivierung der Aktivitäten zur Schaffung von Klassenbewusstsein in den Betrieben, Gewerkschaften und Kommunen erreichen."

Die Friedensbewegung in Deutschland knüpft an die Strukturen der traditionellen Friedensbewegung an. Dazu gehören:

- ★ Protestbewegungen in den Gewerkschaften, die sich gegen die ‚Kanonen-statt-Butter'-Politik stellen,
- ★ Oppositionelle Kräfte in den Kirchen
- ★ sowie die Jugend, die nicht nur zunehmend von Armut betroffen ist, sondern deren Widerstand gegen die Militarisierung sich auch in der Ablehnung des Wehrdienstes ausdrückt.

Die DKP sieht sich als aktiver Teil dieser Friedensbewegung:

- ★ Kommunistinnen und Kommunisten vertreten in der Friedensbewegung die Notwendigkeit der Gewinnung der organisierten Arbeiterbewegung für den Friedenskampf.
- ★ Kommunistinnen und Kommunisten stellen deshalb auch in der Friedensbewegung Verbindung zur sozialen Frage her.
- ★ Friedenskampf lebt von der Massenmobilisierung. Losungen müssen breite Identifikation stiften. Die Schwelle zum eigenen Handeln muss niedrig sein.
- ★ Der Friedenskampf als Klassenkampf wird in Bündnissen mit nicht-proletarischen Klassen und Schichten geführt. Kommunistinnen und Kommunisten bemühen sich um die Breite der Bewegung (das breiteste Interesse ist das an einer Verhinderung des Atomkriegs). Sie lassen – ohne selbst antimilitaristische Positionen zu verlassen – den Dissens zu und versuchen, den gemeinsamen Nenner der unterschiedlichen Positionen in der Bewegung herauszuarbeiten.
- ★ Gleichzeitig versuchen sie, den Gegner sichtbar zu machen: die reaktionärsten Kreise des Monopolkapitals. Hinter jeder „Sicherheitsdebatte", hinter jedem Hetzartikel gegen Russland oder China steht ein Interesse – das Interesse der Monopole. Aufgabe der Partei ist es, diesen Mechanismus zu demaskieren: Medien sind keine neutrale „Vierte Gewalt", sondern das Megaphon der Kriegsprofiteure.

Es ist Aufgabe einer Kommunistischen Partei, das Hauptinstrument der kriegstreibenden Entwicklung – die Politik des Militarismus – zu analysieren und zu entlarven. Dabei geht es nicht nur darum aufzuzeigen, unter welchem Schleier der Geheimhaltung Kriege vorbereitet werden. Vor allem muss sie eindeutig Stellung beziehen zu den zentralen Fragen: der wachsenden Kriegsgefahr und dem notwendigen Widerstand gegen sie, der untrennbar mit dem Kampf gegen die Zerstörung unserer Umwelt verbunden ist. Aufzudecken ist die besondere Rolle, die der deutsche Imperialismus bei der Kriegsgefahr spielt, ebenso wie die Machenschaften anderer imperialistischer Staaten zur Hervorrufung neuer Kriege. Kriege werden gemacht und Kriege können verhindert werden. Das reformistische Ideal des von den ökonomischen und sozialen Kriegsursachen bereinigten Imperialismus gibt es nach marxistischer Auffassung allerdings nicht. Sowenig wie es möglich ist, den Militarismus innerhalb des Imperialismus zu beseitigen. Die Kommunisten sehen ihre Aufgaben im Kampf gegen den Krieg zugleich als Aufgaben zur Gewinnung der Massen, breitester Schichten der Bevölkerung. „Mit der Gründlichkeit der geschichtlichen Aktion wird ... der Umfang der Masse zunehmen, deren Aktion sie ist."[53] Darin liegt begründet, dass wir gegen die Kriegstreiber gewinnen können, weil wir gewinnen müssen.

Unser letztes Wort lautet: Kein Frieden mit Regierung und Kapital!

53 MEW 2/86

Anhang – Hinweise für weiterführende Literatur

Abkürzungen:

MEW
KARL MARX – FRIEDRICH ENGELS -WERKE
Herausgeber: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Dietz Verlag, Berlin

LW
LENIN WERKE
Herausgegeben auf Beschluss des IX. Parteitages der KPR(B) und des II. Sowjetkongresses der UdSSR.
Die deutsche Ausgabe erscheint auf Beschluss des Zentralkomitees der SED. Dietz Verlag, Berlin

Literaturhinweise:

Für ein *vertiefendes* Studium des Themas der Bildungszeitung und zum *Nachlesen* empfehlen wir die hier angegebene Literaturauswahl:

1. Marx, Engels, Lenin

- Karl Marx, Inauguraladresse der internationalen Arbeiter-Assoziation, MEW, Bd. 16, S.13.
- Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, MEW, Bd. 20, S. 154, 169–171.
- Friedrich Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, MEW 21, S. 97, 105, 152, 159f
- Friedrich Engels, Kann Europa abrüsten?, MEW, Bd. 22, S. 371, 373, 398.
- W. I. Lenin, Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie, LW, Bd. 15, S. 186–196.
- W. I. Lenin, Rüstungen und Kapitalismus, LW, Bd. 19, S. 89 f.
- W. I. Lenin, Sozialismus und Krieg (Die Stellung der SDAPR zum Krieg), LW, Bd. 21, S. 295–341.
- W. I. Lenin, Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen (Thesen), LW, Bd. 22, S. 144–159.
- W. I. Lenin, Über das Friedensprogramm, LW, Bd. 22, S. 164–171.
- W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriss, LW, Bd. 22, S. 189–309.
- W. I. Lenin, Bemerkungen zu den Aufgaben unserer Delegation im Haag, LW, Bd. 33, S. 433–437.
- W. I. Lenin, Referat über das Thema „Das Proletariat und der Krieg“ 14. (1.) Oktober 1914, Zeitungsbericht, LW, Bd. 36, S. 276–282.

2. Mehring, Luxemburg, Liebknecht

- Franz Mehring, Vom Wesen des Krieges, Zur Kriegsgeschichte und Militärfrage, Gesammelte Schriften, Bd. 8, Berlin 1967, S. 291 f.
- Karl Liebknecht, Schafft einen Ausschuß für antimilitaristische Propaganda! (29. September 1906), Gesammelte Reden und Schriften; Bd. I, Berlin 1958, S. 198–201.
- Karl Liebknecht, Militarismus und Antimilitarismus. Der antimilitaristische Kampf, Handschriftliches Exposé, Gesammelte Reden und Schriften, Band VIII, S. 334–351.
- Karl Liebknecht, Militarismus und Antimilitarismus, Gesammelte Reden und Schriften; Bd.I, Berlin 1958, S. 249–456.
- Karl Liebknecht, Das Zuchthausurteil gegen Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, Berlin 1968, S. 14 f.
- Rosa Luxemburg, Friedensutopien, Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin 1972, S. 493 f., 498, 501.
- Rosa Luxemburg, Die neue Armee, Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin 1972, S. 525–529.
- Rosa Luxemburg, Diskussionsbeitrag und Schlusswort am 7. März 1914 in der Protestversammlung gegen die Verurteilung Rosa Luxemburgs in Freiburg i. Br.,
  Gesammelte Werke, Bd. 3, Berlin 1973, S. 417 f., 422.

3. Überblicksdarstellungen, Zeitschriften, Artikel, Nachschlagewerke

- J. Wagner, Im Rüstungswahn, Deutschlands Zeitenwende zu Aufrüstung und Militarisierung, PapyRossa Verlag, Köln 2022.
- G. Fülberth, Geschichte der BRD, 3. aktualisierte Auflage, PapyRossa Verlag, Köln 2018
- F. Schumacher, Waffen für die Welt, Rheinmetall und das Geschäft mit dem Krieg, Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2024.
- Autorenkollektiv, Militarismus heute, Militärverlag der DDR, Berlin 1979.
- Autorenkollektiv, Das politische System der BRD, Staatsverlag der DDR, Berlin 1985.
- L. Schröter, Der Ukraine-Krieg, edition ost im Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2024.
- KAZ – Kommunistische Arbeiterzeitung Nr. 290, 303, 351, 391, 392 – zu den Themen: Militarismus, Friedensbewegung, Kriegswirtschaft, Imperialismus.
- SDAJ, Bildungszeitung zum Thema: Militarisierung der Gesellschaft (2008).
- W. Trunk, Zur Frage des Militarismus, Marxistische Blätter 1–2025, S. 81–86.
- St. Müller, C. Renkl, Übergang zur Kriegswirtschaft, UZ vom 07.02.2025, S.12/13.
- C. Renkl, Multipolarität und Imperialismus, UZ vom 25. 07. 2025, S. 10.
- K. Schröter, Soldaten für den Heimatschutz, UZ vom 15. 08. 2025, S.8.
- Kleines Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie, Dietz Verlag Berlin 1982
- Kleines Politisches Wörterbuch, Dietz Verlag Berlin 1973
- Wörterbuch des Wissenschaftlichen Kommunismus, Dietz Verlag Berlin 1982

Im Internet:

- IMI Informationsstelle Militarisierung e. V.
  https://www.imi-online.de
- Broschüre Militarisierung im Gesundheitswesen
  https://www.vdaeae.de/wp-content/uploads/2025/07/Broschur-Militarisierung-Digital.pdf

Karl-Liebknecht-Schule

Die Karl-Liebknecht-Schule (KLS) in Leverkusen ist die zentrale Bildungsstätte der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Nach großer Sanierung präsentiert sich die KLS als eine Einrichtung humanistischer Kultur und marxistischer Bildung und internationaler Solidarität.

- Übernachtungsmöglichkeiten mit 47 Betten in Ein-, Zwei- und Mehrbettzimmern
- Mehrere Veranstaltungs- und Besprechungsräume mit moderner Technik
- Barrierefreier Zugang mit Aufzug, große Außenterrasse
- Hauseigene Küche mit kulinarischer Vielfalt
- Engagiertes Team unterstützt bei der Betreuung vor Ort
- Ob privat oder als Organisation: Platz für Seminare, Feiern oder Tagungen

Helft mit, die KLS zu erhalten. Organisierter Widerstand kostet Kraft – aber auch Geld. Jetzt spenden!

Spendenkonto: Sparkasse Leverkusen
IBAN: DE39 3755 1440 0101 0050 64

Karl-Liebknecht-Schule der DKP,
Am Stadtpark 68, 51373 Leverkusen
kls@dkp.de | Tel: 0214 45418

KLS
www.kls.dkp.de